

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4511) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Postgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlank.

Anserate werden die 5spaltige Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinskonzessionen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Jeruschalajim.

I. Leipzig, 1. September.

B. Sch. Im Sommer 1840 beschäftigte sich die europäische Diplomatie aufs eifrigste mit der neuen großen orientalischen Krise, mit dem Konflikt nämlich, den Sultan Mahmud gegen seinen rebellischen Vasallen, den verschlagenen und thaktkräftigen Pascha von Aegypten, Mehmed Ali, ausfocht. Mehmed Ali hatte das Schwert gezogen, um sich die erbliche Herrschaft der 1833 von ihm dem Großherrn entrissenen Gebiete Syriens zu sichern. Am 21. Juni 1840 wurde das türkische Heer unter Hafiz Pascha von dem ägyptischen Führer Ibrahim Pascha aufs Haupt geschlagen. Hafiz, der seinen Sternentrüben und Mollas mehr Glauben schenkte, als seinem franklischen Ratgeber, hatte den Vorschlag des dem Generalquartier zugetheilten Hauptmanns Mokke, Ibrahim's Heer bei einem Umgehungsversuche rechtzeitig in der Ebene anzugreifen, nicht befolgt. Mokke legte sofort sein Amt als Ratgeber förmlich nieder.

Nach diesem Siege ging auch die türkische Flotte zu Mehmed Ali über. Der forderte nun die erbliche Herrschaft über Aegypten, Syrien und Arabien.

England, Oesterreich, Rußland, Preußen — Frankreich, das Mehmed Ali günstig gesinnt war, stand abseits —, alle vier durch eine Londoner Abmachung gebunden, wollten die Türkei „erhalten“, d. h. für die spätere Aufstellung, und nötigten den Pascha von Aegypten, indem sie eine Flotte nach Alexandrien schickten, am 27. November 1840 Syrien zu räumen und die türkische Flotte herauszugeben. Er erhielt als Vasall des Großherrn die ägyptische Erbherrenschaft wieder.

Der Rat zu dem Eingriffe der Osmänische und zu der Napierschen Flottenumgebung kam von dem preussischen Gesandten in London, Herrn von Bülow, der auf eigene Faust vorgegangen war. Daß der Eingriff die Gefahr eines Waffenganges im Mittelmeer, eines europäischen Krieges aufsteigen ließ, war vorauszusehen. In Preußen war Friedrich Wilhelm III. eben gestorben, Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung gekommen: der Thronwechsel ließ Bülow ohne eine gültige Vollmacht, er überschritt seine Instruktionen bei dem Abschlusse des am 15. Juni 1840 mit dem türkischen Vertreter in London geschlossenen sog. Quadrupel-Allianzvertrages.

Der neue König von Preußen hatte nun zwei Wege offen. „Er mußte“, sagt Treitschke, „entweder den ungehorsamen Gesandten abrufen und die Ratifikation verweigern, oder wenn er das Geschehene billigte, den Vertrag kurzweg genehmigen und dessen gefährliche Folgen mutig auf sich nehmen. Einem stolzen Staate stand es wahrlich übel an, zuerst die anderen Mächte zu kühnen Thaten zu ermuntern und dann sich selber für neutral zu erklären. Gleichwohl glaubte der neue König diesen dritten Weg gehen zu können. Schon bei dieser ersten

an ihn herantretenden großen Aufgabe europäischer Politik zeigte sich seine Vorliebe für unhaltbare diplomatische Stellungen, für alles was vom schlichten Menschenverstande abwich. Er wollte Bülows eigenmächtige Schritte billigen; denn er hielt es für seine königliche Pflicht, den legitimen Sultan im Kampfe gegen den revolutionären Aegypten zu unterstützen, und mit Freuden begrüßte er die Verschönerung seines geliebten Englands mit den Osmänischen.

Andererseits sah er wohl ein, daß Preußen die schwerste Last bei einem allgemeinen Kriege tragen würde und er ließ erklären, er halte fest an der friedlichen Politik seines Vaters, eine Kundgebung, die natürlich von den drei befreundeten Mächten mit Bewunderung aufgenommen wurde.

Der leitende Minister Frankreichs, das durch die Londoner Abmachung getroffen war, Herr Thiers, sagte erleichtert: „Allo nicht ein Vierbund, sondern ein Dreibund steht uns gegenüber.“ Am 14. August 1840 wurde durch ein geheimes Protokoll der vier Mächte Preußen das „Recht der strengsten Neutralität“ vorbehalten.

Die europäische Krise ging unter mannigfachen Schwankungen einer friedlichen Lösung entgegen, der englische Kommodore Napier, der als Führer der verbündeten Flotte die syrischen Küstenplätze Byblus, Beirut, Saida genommen hatte, erzwang den eingangs gekennzeichneten Vertrag von Alexandria am 27. November 1840.

Friedrich Wilhelm IV., den die Zeitgenossen damals so charakterisierten: „Friedrich Wilhelm III. drei Viertel Soldat, ein Viertel Pfaff; Friedrich Wilhelm IV. ein Viertel Soldat, ein Viertel Pfaff, ein Viertel Kunstliebhaber, ein Viertel allerlei.“ war an die Gefahren eines allgemeinen Krieges „so nahe herangegangen“, weil er ein leidenschaftlicher Vorführer des Gottesgnadentums, der Legitimität, auch der türkischen; und weil er ein religiöser Schwärmer mit kühnen Plänen war.

Friedrich Wilhelm IV. war, sagt Ranke, sehr thätig dafür, daß die von England in Vorschlag gebrachte Konvention von Rußland und Oesterreich angenommen würde. „Er sah darin die Erneuerung der großen (heiligen) Allianz, welcher die Macht des revolutionären und imperialistischen Frankreichs erlegen war — eine Macht, die, durch die Revolution des Jahres 1830 wieder belebt, durch die Erfolge des Paschas von Aegypten, mit dem sie einverstanden war, ein allgemeines Uebergewicht erlangen konnte. Noch ein anderer Gedanke aber schwebte dem Könige vor. In der Entscheidung der abendländischen Mächte in einer inneren orientalischen Frage erblickte

* Kurz vor dem Krimkriege schrieb Friedrich Wilhelm IV. an Bunsen: „Die Türken muß erhalten und ihr Bestehen darum allgemein gewährleistet werden, aber auf eine Art, durch welche der Kirchenhistorie gerecht gehandelt und die christlichen Großen nicht zum Tode verurteilt werden.“ L. v. Ranke's Sämtliche Werke, Bd. 49 u. 50, S. 398.
** Tagebücher von Varnhagen von Ense, II, 33.

er den Ausdruck des Uebergewichts, das die Christenheit über den Islam davongetragen habe, und einen günstigen Moment, in welchem nun auch in Bezug auf die durch die irdische Erscheinung des Erlösers geheiligten Stätten, die nach den großen Kämpfen des Mittelalters in den Händen der Mohammedaner geblieben waren, ein Vorteil für die Christen erreicht werden könne. In der Oberherrschaft der Türken sollte nicht gerückt werden; aber sie sollten dem christlichen Europa den Besitz der heiligen Stätten auf immer einräumen, ohne irgend eine falsche Autorität darüber auszuüben. Diese Konzeption betrachtete er als den Preis der Unterstützung, durch welche der Sultan noch einmal gerettet worden war.“

Friedrich Wilhelm IV. war eben ein romantischer Fürst, der „in den Vorstellungen und Bestrebungen der Romantik aufgewahrt, sie durch Regierungsmaßregeln in die Wirklichkeit überzuführen den Versuch machte.“* Ihm erschien das Eingreifen der europäischen Mächte in die inneren Verhältnisse des Orients „wie eine Erneuerung der Kreuzzüge, wie ein Sieg des Kreuzes über den Halbmond“. Er sprach von vordringender die Erwartung aus, diese Gelegenheit müsse benutzt werden, um „allen christlichen Kirchen auf dem Berge Zion eine Heimat zu sichern.“**

Jerusalem war die „heiligste Stätte der Christenheit“, aber auch die Stätte, wo sich der wüste Glaubenshaß der kirchlichen Parteien am ehesten offenbarte. In der Kapelle des heiligen Grabes raufen bei jedem großen Kirchenfeste die Mönche der Trinitarier, der römisch-katholischen Kirche, und der Orthodoxen, der Griechisch-Katholischen; die schnurrbartigen mohammedanischen Krawassen schafften dann kurzgeschwand mit Knüttel und Krummsäbel Ordnung. So übten sie christliche Liebespflichten untereinander in der heiligen Stadt, die die Hebräer nennen Jeruschalajim, das heißt „Wohnung des Friedens“. So lange der frasse Aegypten Mehmed Ali, ein Praktiker des „aufgeklärten Absolutismus“, noch in Palästina herrschte, war die Ordnung erträglich gewesen; er hatte sogar den Judenmissionen der Protestanten erlaubt, ihre Thätigkeit im gelobten Lande zu eröffnen.

Das türkische Staatsrecht erkannte nur solche Kirchen an, die ein sichtbares Oberhaupt hatten, die Protestanten waren deshalb ohne Rechte. Friedrich Wilhelm IV. forderte darum in einer von Adowitj verfaßten Denkschrift, daß die verschiedenen Residenten die Angelegenheiten der großen Konfessionen, der griechischen, der römisch-katholischen und der protestantischen, wahrnehmen sollten. Eine kleine Garnison von 60 Mann, von jeder der fünf großen Mächte gemeinschaftlich aufgestellt, sollte die Obhut über die heiligen Stätten, die Residenten über die christlichen Bevölkerungen überhaupt haben und ihnen Schutz verleihen.

* Ranke, a. a. O., S. 399.
** Gesammelte Schriften von David Friedrich Strauß, herausgegeben von Eduard Keller, I. Band, S. 187.
*** Treitschke, a. a. O., S. 120.

Seuiletton.

Nachdruck verboten.

L'Adultera.

Von Theodor Fontane.

„Zwei?“
„Ja, Bräutigam und Braut.“
„Ich hätte drei gezählt“, sagte Van der Straaten. „Aber so seid Ihr. Ich wette, Du hast den Dritten in Gnaden vergessen. Ehemänner zählen überhaupt nicht mit. Und wenn sie sich darüber wundern, so machen sie sich ridikal. Ich werde mich übrigens davor hüten, den Mochren der Weltgeschichte, das seid Ihr, weiß waschen zu wollen. Apropos, kennst Du das Bild, die Mochrenwäsche?“

„Ach, Ezel, Du weißt ja, ich kenne keine Bilder. Und am wenigsten alte.“

„Siehe Simplicitas aus dem Hause de Caparouy,“ jubelte Van der Straaten, der nie glücklicher war, wie wenn Melanie sich eine Wölfe gab oder auch klugerweise nur so that. „Altes Bild? Es ist nicht älter als ich.“

„Nun, dann ist es gerade alt genug.“

„Bravissimo. Sieh, so hab' ich Dich gern. Uebermütig und boshaft. Und nun sage, was beginnen wir, wohin gedenk wir?“

„Ich bitte Dich, Ezel, nur keine Verolinsmen. Du hast mir doch gestern erst . . .“

„Und ich halt' es auch. Aber wenn mir wohl um's Herze wird, da bricht es wieder durch. Und jetzt komm, wir wollen zu Haas und uns einen Teppich ansehen . . . Gerade alt genug . . . Vorzüglich, vorzüglich . . .“

Und nun sage, Papachen, wie heißt die schönste Frau im Land?“

„Melanie.“
„Und die liebste, die klügste, die beste Frau?“
„Melanie, Melanie.“
„Gut, gut . . . Und nun gehab' Dich wohl, Du Menschenkenner!“

IV. Der engere Zirkel.

Die „drei gestrengen Herren“ waren ganz ausnahmsweise streng gewesen, aber nicht zum Verdruß beider Van der Straaten, die vielmehr nun erst wußten, daß der Winter all seine Pfeile verschossen und unweigerlich und ohne weitere Widerstandsmöglichkeit seinen Rückzug angetreten hatte. Nun erst konnte man freien Herzens hinaus, hinaus ohne Sorge vor frostigen Vormittagen, oder gar vor Eingeknebeltwerden über Nacht. Alles freute sich auf den Umzug, auch die Kinder, am meisten aber Van der Straaten, der, um ihn selber sprechen zu lassen, „unter allen vor kommenden Geburtsszenen einzig und allein der des Frühlings beizuwohnen liebte“. Vorher aber sollte noch ein kleines Abschieds-Diner stattfinden und zwar unter ausschließlicher Heranziehung des dem Hause zunächst stehenden Kreises.

Es war das, übrigens von mehr verwandtschaftlicher als befreundeter Seite her, in erster Reihe der in der Alfenstraße wohnende Major von Gryczinski, ein noch junger Offizier mit absteigendem, englisch gekräuselten Wadenbart und klugen, blauen Augen, der vor etwa drei Jahren die reizende Jakobine de Caparouy heimgeführt hatte, eine jüngere Schwester Melanies und nicht voll so schön wie diese, aber rotblond, was in den Augen einiger das Gleich-

gewicht zwischen beiden wiederherstellte. Gryczinski war Generalstabsführer und hielt, wie jeder dieses Standes, an dem Glauben fest, daß es in der ganzen Welt nicht zwei so grundverschiedene Farben gäbe, wie das allgemeine preussische Militär-rot und das Generalsstabs-rot. Daß er den Strebern zugehörte, war eine selbstverständliche Sache, wohl aber verdient es, in Rücksicht gegen den Ernst der Historie, schon an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, daß er, alles Strebertums unerachtet, in allen nicht zu verlockenden Fällen ein bescheidenes Maß von Rücksichtnahme gelten ließ und den Kampf ums Dasein nicht absolut als einen Uebergang über die Veresina betrachtete. Wie sein großer Chef war er ein Schweiger, unterschied sich aber von ihm durch ein beständiges, jeden Sprecher ermutigendes Lächeln, das er, alle nutzlose Parteinahme klug vermeidend, über Gerechte und Ungerechte gleichmäßig schenken ließ.

Gryczinski, wie schon angedeutet, war mehr Verwandter als Freund des Hauses. Unter diesen letzteren konnte der Baron Duquede, Legationsrat a. D., als der angesehenste gelten. Er war über sechzig, hatte bereits unter Van der Straaten's Vater dem damals ausgedehnteren Kreise des Hauses angehört und durfte sich, wie um anderer Qualitäten so auch schon um seiner Jahre willen, seinem hervorsteckendsten Charakterzuge, dem des Abschprechens, Verkleinerns und Verneinens ungehindert hingeben. Daß er, infolge davon, den Beinamen „Herr Negationsrat“ erhalten hatte, hatte selbstverständlich seine mißgütige Skatelekerie nicht zu bessern vermocht. Er empörte sich eigentlich über alles, am meisten über Bismarck, von dem er seit '66, dem Jahre seiner eigenen Dienstentlassung, unaufhörlich versicherte, „daß er überschätzt werde“. Von einer beinahe gleichen Empörung war er gegen das zum Französisieren geneigte Berlinertum erfüllt, das ihn, um seines „qu“ willen, als einen Kolonle-

Die Deutschrift des Königs wurde von den anderen Mächten recht unfreudlich aufgenommen. Russland dachte nicht daran, die Vorteile, die die Orthodoxie von allerseher in Vorderasien genossen hatte und die es zu politischen Zwecken benutzte, mit anderen Kirchen zu teilen. Orlov, der russische Staatsmann, meinte, wenn man in Jerusalem ein religiöses Krakau schaffe, so würden des Sultans Verlegenheiten nur wachsen. Auch Metternich hatte Bedenken, nur Frankreich schien günstig.

Der König mußte daher einen Teil seiner Pläne fallen lassen, so ließ er seinen „Konfessionellen Ehrgeiz“ schmerzte. Er bestand aber darauf, die evangelischen Christen den beiden anderen Konfessionen im Orient gleichzustellen; denn Gleichstellung „gehöre zu einer Vertretung der gesamten Christenheit“. Er wendete sich deshalb nach England, fand aber hier zuerst wenig Anklang.

Da die englische Staatskirche auf dem Berge Zion bereits Grundbesitz erworben und eine Gemeinde gebildet hatte, so wünschte der König, daß ein anglikanischer Bischof die Leitung des evangelischen Kirchenlebens übernehme und von den deutschen Protestanten, die in Palästina zerstreut lebten, als sichtbares Oberhaupt anerkannt würde. Ein „solche Unterordnung schien ihm mit der evangelischen Freiheit wohl vereinbar, weil er die durch Handauslegung gewählten Bischöfe als rechtmäßige Nachfolger der Apostel, ihr Amt als das wahrhaft katholische ansah“.

Und nun holte er sich als willigen Helfer den theologischen Diplomaten oder diplomatischen Theologen Josias v. Bunsen, der von ihm im Sommer 1841 als Unterhändler nach London geschickt wurde, um die englische Regierung zu einem mit der preussischen gemeinsamen Abkommen zu bewegen. Der König war bereit, die Hälfte der Kosten, 15 000 Pfd. Sterl. (300 000 Mk.), für dies anglikanische Bistum zu zahlen. Am 17. August 1841 schreibt er aus Sanssouci an seinen Bunsen: „Die preussische Kirche weiß kein Wort davon und verhält sich ganz neutral. Nur meine Wichtigkeit trägt zu den Speisen bey und nimmt dankbar an, daß dieselbe deshalb in Erneuerung des Bischofs alterniert mit England... Ueberhaupt, bester Bunsen, effacieren (verwischen) wir uns soviel als es geht in dieser Sache.“

Am 26. August 1841 schreibt er seinem Vertrauten**:

Meine Absicht war die: 1. durch Errichtung des Bistums in Jerusalem die diplomatisch-politischen Bemühungen, um den Evangelischen im Orient eine anerkannte Stellung schaffen zu können, indem der neu anerkannten Kirche das für die Türken unumgängliche sichtbare Oberhaupt innerhalb der Reichsgrenzen gegeben wird... 2. aber gewiß und hauptsächlich, um mir sagen zu können, ich hätte nichts verkannt, um zur Stützung einer Kirche beizutragen, die so liegen wird, daß sie einst das Centrum der Judenthümer und einer größeren Vereinigung der evangelischen Bekenntnisse sein dürfte, wenn das im Willen des Herrn liegen sollte, das aber in Geduld und Demut abzuwarten...

Ja, ich sage Ihnen, manchmal beim Lesen Ihrer Briefe war ich versucht, mich in den Staub zu werfen vor Gott, so providenziell und ungeahndet schien sich mir alles zu fügen. Das giebt große Freudigkeit und Kernirrschung zugleich, und aus beiden entsteht mir der Mut: Stille! keine Worte! — Es ist schlechte Zeit in Deutschland. Die Feinde aller Ordnung haben ein Schloß in Zeughaus, um Vornehm und Böbel gegen das heilige, herrliche Werk aufzuheben, nämlich die Lüge: Sie intriguierten für mich in England, um die englische Kirchenverfassung in Preußen einzuführen! Die Gefahr ist groß, denn die Lüge trachtet danach, mein Ansehen im Laube zu untergraben; und wir haben grausam viel Narren, die auf eine jede Lüge, wenn sie auch dreist und schamlos ist, anbeißen. Bunsen, der sich als Diplomat in Rom nicht gerade Vorbeeren geholt hatte und vom König aus Bern, wo er Gesandter war, zu der heiligmährigen Jerusalem-Sache citiert worden war, fuhr mit geschwellten Segeln in dies theologische Gewässer, ein Mann voll waderender kirchlicher Gefühlseligkeit und dabei mit sehr starkem Selbstbewußtsein. Er lief und schrieb, verhandelte, bat, redete in London, und schon sah er die Arche der Kirche auf ihrem Ararat gelandet.

Der leitende englische Staatsmann Palmerston nahm die Vorschläge recht kühl an, indes der Erzbischof von Canterbury und der Bischof von London nahmen sich ihrer an, Gladstone half mit, während die auf den Katholicismus gerichteten Anhänger der Hochkirche, wie Pusey, Newman, die Kryptokatholiken unter den Anglikanern, den Plan mit Eifer bekämpften. Im Parlament erhoben sich die pietistischen Stimmen für den Plan, und jubelnd schreibt der behende Bunsen seiner Frau aus London am 19. Juli 1841: „Dies ist ein großer Tag. Ich komme soeben von Lord Palmerston: das Prinzip ist angenommen; übermorgen geht ein Kurier nach Konstantinopel, um an Lord Pasconby (den britischen Vorgesandten) die Beschele zu bringen, die zu fordernde Anerkennung zu verlangen. Im Oktober wird der Nachfolger des heiligen Jakobus sich einschiffen: ein Jude von Geschlecht, ein Preusse (Breslau) von

* Ranke, a. a. O., S. 403.
** Ebenba, S. 404/5.

Franzosen ansah und seinen altmächtigen Adelsnamen nach der Analogie von Admiral Duquesne anzuspochen pflegte. „Was er sich gefallen lassen könne“, hatte Melanie hingeworfen, von welchem Tag an eine stille Gegenseitigkeit zwischen beiden herrschte.

Dem Legationsrat an Jahren und Ansehen am nächsten stand Polizeirat Reiff, ein kleiner, behäbiger Herr mit roten und glänzenden Backenknochen, auch Feinschmecker und Geschichtenerzähler, der, so lange die Damen bei Tisch waren, kein Wasser trüben zu können schien, im Moment ihres Verschwindens aber in Anekdoten exzellierte, wie sie, nach Zahl und Inhalt, immer nur einem Polizeirat zu Gebote stehen. Selbst Van der Straaten, dessen Talente doch nach derselben Seite hin lagen, erging sich dann in lautem und mitunter selbst stürmischen Beifall, oder zwinkerte seinen Tischnachbarn seine neidlose Bewunderung zu.

Diese Tischnachbarn waren in der Regel zwei Maler: der Landschaftler Arnold Gabler, ebenfalls, wie Reiff und der Legationsrat, ein Erststück aus des Vaters Tagen her, und Elmar Schulze, Porträt- und Genremaler, der sich erst in den letzten Jahren angefunten hatte. Seine Zugehörigkeit zu der vorgebildeten Tafelrunde basierte zumeist auf dem Umstande, daß er nur ein halber Maler, zur anderen Hälfte aber Musiker und ein enthusiastischer Wagnerianer war, auf welchen „Titel“ hin, wie Van der Straaten sich ausdrückte, Melanie seine Aufnahme betrieben und durchgeführt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Geburt — ein Anglikaner von Bekenntnis — 20 Jahre Professor des Hebräischen und Arabischen in England (jetzt King's College): so ist denn „mit Gottes Hilfe, wenn das angefangene Werk gedeiht, der Anfang gemacht zur Herstellung Israels“.

Der Breslauer Jude, der in der Taufe den Namen Alexander angenommen hatte, wurde der erste Bischof zu St. Jakob in Zion, und der getreue Bunsen wurde von dem „besten und herrlichsten Könige dieser Welt“ zum Gesandten in London ernannt.

* Chr. G. J. Freiherr von Bunsen. Aus seinen Briefen und nach eigener Erinnerung geschildert von seiner Witwe. Zweiter Band, S. 171.

Politische Uebersicht.

Sügendämmerung in Frankreich.

Aus Paris wird uns vom 1. September telegraphiert: Der verhaftete Oberst Henry entließ sich im Gefängnis, er durchschritt die Aegle mit dem Messer. Der Generalstabschef Boisdeffre erbat wegen der Henry-Affaire seine Verabschiedung. Cavaignac nahm die Demission auf Dringen Boisdeffres an unter Anerkennung von dessen Loyalität.

Raum ist der Fälscher Henry hinter Schloß und Riegel, so schreitet schon das Verhängnis mit erzemem Schritte über ihn hinweg. Den Schuldigen, dessen biblischer Streich die Schuld von Dreyfus „beweisen“ sollte, entzieht ein jäher Tod der Sühne; nur seine Aussage bleibt, die allein schon genügt, die Revision des Dreyfus-Prozesses zu erzwingen, der Gerechtigkeit endlich zu ihrem „Rechte“ zu verhelfen.

Wie es möglich ist, daß der in Untersuchungshaft verbrochle Henry im Besitze eines so gefährlichen Instrumentes verblieb, während doch sonst gerade bei Untersuchungsgefangenen vorschriftsmäßig jedes Werkzeug dieser Art fortgenommen und ferngehalten wird, sei hier nicht unterjucht. Wie lange ist es her, daß der unsicher gewordene, im Dreyfus-Handel von der Regierung gebrauchte Polizeispion auch — „plötzlich starb!“ Will sagen, daß er offenbar von Agenten der Polizei zur schnellen Abreise in das Reich der Schatten befördert worden ist.

Doch im Falle Henry giebt es kein Abkneugen mehr, das Schuldbekentnis zengt bereit von der Korruption der obersten Veresverwaltung, es stellt den Generalstab an den Schandpfahl, es stürzt den widerlichen, mit falschem Pathos auf chauvinistische, zur Klassenjustiz dressierte Geschworene wirkende, mit dem Eide spielenden Chef des Generalstabes, Ehren-Boisdeffre.

In diesen Malstrom des Säbelregiments, das in seiner häßlichen Blöße, des verlogenen Fiklerlandes der chauvinistischen Apotheose verbannt, die allgemeine Verachtung herausfordert, wirbelt ein Mitschuldiger nach dem anderen hinein.

Es gelingt nichts mehr. Fälschung, Verleumdung, Lockspitzeltum, Meineid, „Packung“ der Jury und Druck auf die Geschworenen durch die Aufgebote von Lumpenproletariern, Monchards und weißen Wulsen, die wüste Kataphonie der Rochefort und Drumont, sie versagen gegenüber dem eisernen Zwange der handfesten Thatfachen.

Esterhazy, Henry, Paty du Clam, Boisdeffre, sie sind gerichtet und das System, das sie stützten, mit ihnen.

Deutsches Reich.

Santiago de Cuba — Kantschon.

Aus Kiel schreibt uns unser Mitarbeiter: „Schon bei der Nachtragsforderung für die Erwerbung Kantschons haben wir die Ansicht vertreten, daß die dort geordneten Summen nur der Anfang sei, das die Ende aber nachkommen würde. Jetzt, da die Tagung des Reichstages, und damit auch die zu erwartenden Vorlagen immer näher kommen, wird schon mit Eifer in den Marineorganen so bei kleinem das Kommende vorbereitet.“

Diesmal sind es die Vorgänge bei Santiago, die herhalten müssen, die Forderungen für Kantschon zu begründen.

Ein französischer Oberstleutnant hat aus den Vorgängen bei Santiago für den französischen Hafen von Biserta den Schluß gezogen, daß er zu einem Flottenstützpunkt ersten Ranges angeeignet werden müßte. Diese Schlüsse „sind für Deutschland von um so größerem Interesse, als wir ja im Begriffe stehen, in Kantschon eine Flottenstation zu gründen, die den Anforderungen entsprechen soll, die man heutzutage an einen Flottenstützpunkt stellen muß.“

Im Gegensatz zu der spanischen Regierung, die in „geradezu sündhafter Weise“ den Stützpunkt der Flotte auf Cuba vernachlässigt, und dadurch in erster Linie die Zerstörung des spanischen Geschwaders und den Fall der Stadt verschuldet habe, wird die deutsche Regierung hoffentlich das Vertrauen rechtfertigen, „daß alles zur rechten Zeit geschehen wird, was für die Entwicklung dieses wichtigen Plazes, sowohl in militärischer wie handelspolitischer Beziehung erforderlich ist, und wir sind vor allen Dingen sehr davon überzeugt, daß unsere Marineverwaltung sich über die Erfordernisse einer so weit abgelegenen Flottenstation vollkommen klar ist und für die notwendigen Anlagen, soweit sie maritimer und militärischer Natur sind, sorgen wird.“

Da ist nun so allerlei nötig, um Kantschon völlig unannehmbar zu machen. Die Anlage von „Docks, Werftanlagen und Depots aller Art“ werden für erforderlich erachtet. Die Ström- und Tiefenverhältnisse machen eine Sperrung der Einfahrt der Nacht durch Mienen und Torpedobatterien leicht. Zur Verhinderung der Aufnahme dieser Sperre durch feindliche Schiffe seien an beiden Ufern die Anlage von Forts erforderlich, und die Terraininformation nördlich und südlich der Einfahrt und einzelner der Inseln in deren Nähe erlaubten auch diese Anlagen in dominierender Weise. Auch die Grenze des Pachtungsgebietes auf der Landseite sei durch Befestigungsanlagen an strategisch wichtigen Punkten ausreichend zu schützen.

Das sind so die Pläne, die in Marinekreisen gehegt werden. Die Befürchtungen, die wir von Anfang gehegt haben, bestätigen sich. Einen Flottenstützpunkt ersten Ranges giebt es.

Das heißt das Verpulvern von ungezählten Millionen. 1000 Millionen für die Flotte, 150 Millionen für die Artillerie, jetzt die geplante Heeresverfärkung und nun der militärische und maritime Ausbau Kantschons.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Handlanger Jakob Patten von Düsseldorf hatte sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht und bei seiner deshalb erfolgenden Verhaftung Widerstand geleistet. Die Düsseldorfer Strafkammer verurteilte ihn unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu 1 Jahr Gefängnis.

Des Kaisers Jerusalemfahrt.

Wiener Blättermeldungen zufolge sieht nunmehr fest, daß Kaiser Wilhelm II. an dem, zwischen dem 20. November und 2. Dezember stattfindenden Jubiläumsfest des österreichischen Kaisers nicht teilnehmen kann, da bis zu diesem Termine die Reise des Kaisers noch nicht beendet sein werde. Kaiser Wilhelm und seine Gemahlin haben sich dagegen für den 14. September in Wien angemeldet.

* Berlin, 1. September. Eine Sitzung des Staatsministeriums ist am Dienstag unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe abgehalten worden.

Daß die Medizinverwaltung des preussischen Kultusministeriums an das Ministerium des Innern übergeht, kam nach der Kritik. Korep. jetzt als entschieden angesehen werden. Diese Änderung werde aber frühestens mit dem übernächsten Etatsjahr ins Leben treten.

Unter der freien Advokatur, die 1880 in ganz Deutschland mit den neuen Justizgesetzen eingeführt wurde, hat, wie wir einer Zusammenstellung der Post. Ztg. entnehmen, die Zahl der Rechtsanwälte in Deutschland sich um 50,3 Prozent vermehrt, nämlich von 4091 auf 6140. In Berlin, wo damals der Mangel an Rechtsanwäkten geradezu einen Nothstand begründete, fand eine Vermehrung von 141 auf 702 statt, so daß mehr als ein Viertel der Gesamtzunahme Deutschlands auf Berlin entfällt. Das benachbarte Charlottenburg hat bei 132377 Einwohnern nur 18 Anwälte, ebenso die Stadt Darmen mit Rücksicht auf Oberfeld nur 15 Anwälte. Eine Abnahme gegen 1880 zeigt Chemnitz um 4, Stuttgart um 5 Anwälte. In Lübeck ist die Zahl der Anwälte von 27 auf 16, in Darmstadt von 55 auf 31 gesunken. Der Reihenfolge nach kommt ein Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. auf 1806, in München auf 1921, in Dresden auf 2200, in Berlin auf 2388, in Breslau auf 3695 Einwohner zc.

Die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnerverwaltungen ist am Mittwoch in Gegenwart von 130 Delegierten in München abgehalten worden. Die Vereinbarung über die Ausgabe von Rundreiseheften wurde auf die Jahre 1899/1900 verlängert, dagegen jede Erhöhung der Gültigkeitsdauer für Rundreisehefte über die jetzige Norm abgelehnt.

Der Verbrauch an höheren Offizieren. Nach einer Zusammenstellung der Kreuztg. sind seit dem 1. März 1898 im ganzen aus den Reihen der Armee geschieden: 7 Generale, darunter 3 Verstorbene, 6 Generalleutnants, 28 Generalmajors, darunter 1 Verstorbener, 24 Obersten und Oberstleutnants der Infanterie, 9 Obersten und Oberstleutnants der Kavallerie, darunter 1 Verstorbener, 7 Obersten und Oberstleutnants der Feldartillerie, darunter 1 Verstorbener, 2 Obersten und Oberstleutnants der Fußartillerie, 2 Oberstleutnants des Trains; — zusammen 85 höhere Offiziere, darunter 6 Verstorbene.

Der preussische Minister des Innern hat die Frage, ob Gendarmen in die Reichstagswählerlisten aufzunehmen seien, bejahend beantwortet.

Das Marine-Verordnungsblatt veröffentlicht eine kaiserliche Order sowie Bestimmungen über die Organisation und Besetzung von Kantschon.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Generalkonsuls Dr. Schmidt-Leda zum Ministerresidenten bei den Vereinigten Staaten von Venezuela.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts hat der Kaiser anlässlich des Geburtstages und der Thronbesteigung der jungen holländischen Königin Wilhelmine dieser das 15. Husarenregiment, das in Wandsbek bei Hamburg garnisoniert, verliehen. Der Kaiser machte der Königin und ihrer Mutter, sowie dem Regiment Mitteilung hiervon.

Wie die Berl. Volkszg. mitteilt, hat die Haltung, die die hiesigen Behörden gegen den Geschäftsbetrieb eines russischen Krebshändlers beobachtet haben, dem hiesigen russischen Generalkonsulat Veranlassung gegeben, sich an zuständiger Stelle über die Auslegung des deutsch-russischen Handelsvertrags zu beschweren. Nach einer auf Grund des Fischereigesetzes erlassenen Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, die den Zweck hat, den einheimischen Krebsbestand zu schonen, dürfen in dieser Provinz Krebse, die weniger als 10 Centimeter lang sind, weder feilgeboten, verkauft noch versandt werden. Davon, daß aus dem Auslande solche Krebse nicht eingeführt werden dürfen, sagt die Verfügung nichts, und auf die aus Ausland eingeführten Krebse ist auch die Verfügung niemals angewandt worden, bis vor einiger Zeit der russische Händler Beresin, der den Verkauf russischer Krebse nach Deutschland im großen betreibt, sich aber bisher darauf beschränkt hatte, seine Ware an hiesige Großhändler abzugeben, auf den Gedanken kam, auch den weiteren Vertrieb seiner Ware selbst in die Hand zu nehmen. Der Verwirklichung dieses Vorhabens legte jedoch die Polizei ein Hindernis in den Weg. Infolge einer aus den Kreisen der hiesigen Händler ergangenen Anzeige wurde auf die Krebse mit den russischen Krebse, weil unter den Krebse sich auch solche befanden, die weniger als 10 Centimeter lang waren, Beschlag gelegt und es wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Gegen Beresin wurde ein Strafmandat erlassen und außerdem wurde das auf gerichtliche Befestigung der Beschlagnahme abzielende Verfahren angestrengt. Dies Verfahren endete mit Freisprechung. Das Beschlagnahmeverfahren besteht jedoch noch. Inzwischen hat Beresin den Ausladeplatz seiner Ware nach dem Berlin benachbarten Nichtenberg verlegt. Aber auch dort hat die Polizei die Krebse mit Beschlag belegt. Außerdem ist gegen den in Sydtkuhnen ansässigen Spektator Beresin ein Strafmandat erlassen. Dieser hat sich nunmehr an das russische Generalkonsulat um Hilfe gewandt.

Die preussische, belgische und holländische Regierung sind in Verhandlungen über den grenzüberspringenden Fabriksverkehr eingetreten.

„Eugen Wolffs Erwiderung (dritter Teil)“ nimmt im Berliner Tageblatt noch wieder fast eine volle Seite ein. Am interessantesten erscheint uns in dieser an vielen Unklarheiten reichen Auseinandersetzung der Schluß: „Gegen diejenigen, die mich verleumdet haben, leite ich gerichtliche Klage ein; im übrigen sage ich im Sinne meines langjährigen, verstorbenen Onkels, des großen Entschloffenen, des Unvergesslichen aus dem Sachsenwalde: „Ich fürchte nichts, als Gott auf der Welt!“

Breslau, 31. August. In der schlesischen Landwirtschaftskammer hat die agrarische Agitation eines ihrer Hauptquartiere. Demgemäß werden in ihrem Bericht über das Jahr 1897 die alten Klagen nach Möglichkeit wiederholt; um so bemerkenswerter ist es, daß die Kammer eine gewisse Besserung der Lage der Landwirtschaft in den wichtigsten Punkten zugeben muß. So berichtet sie, daß „einigermaßen befriedigende“ Viehpreise erzielt worden seien, so daß der Geldertrag der Viehhaltung zu besonderen Klagen im allgemeinen nicht Anlaß geben würde, wenn er nicht in überaus zahlreichen Fällen durch die Folgen der wiederum in allen Teilen Schlesiens aufgetretenen Maul- und Klauenseuche beeinträchtigt worden wäre.“ Also es sind einigermaßen befriedigende Viehpreise erzielt worden.

Wenn eine Körperschaft, in der die wachsenden Agrarier die große Mehrheit haben, die Viehpreise einigermaßen befriedigend findet, so darf man wohl annehmen, daß sie in die Höhe gegangen sind.

W. Gleiwitz, 31. August. Wegen angeblicher Verübung groben Unfugs und verschiedener Delikte hatte sich hier heute Genosse Winter aus Beuthen zu verantworten. Obwohl den belastenden Aussagen eines Polizeiergeanten die Aussagen der übrigen fünf Zeugen in mehreren wichtigen Punkten erheblich widersprachen, wurde er zu insgesamt 50 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt. Mit diesem Urteile wird sich noch die Strafkammer zu beschäftigen haben, da insbesondere das Delikt des groben Unfugs, das die angeblichen anderen Delikte noch sich gezogen haben soll, in keiner Weise erwiesen zu sein scheint.

Es weht jetzt in Oberschlesien ein äußerst scharfer Wind von Seiten der Gerichte gegen die Sozialdemokraten. Überall regnet es nur so mit Sozialistenprozessen. Fast alle hängen mit der Wahlbewegung zusammen, bei der sich die Genossen die Agitationsverbinderungen durch die Polizei nicht immer ohne weiteres gefallen lassen wollten.

Aus Rheinfelden, 31. August. Am Sonntag fand in Elshelm die bereits angekündigte Versammlung rheinländischer Landwirte statt, um gegen die willkürlichen Geländeabsperrungen durch das Militär zu protestieren. Herr Lichtenstein-Windhäuserhof führte u. a. aus: Wir sind nicht mehr Herr im eigenen Hause. Die Regierung hat nicht ihre Schuldigkeit getan, nun, so müssen wir uns selbst helfen. Vor vier Jahren schrieb der Oberst der 118er, Herr v. Pultkamer, an den Medner: „Wir müssen schießen, was geht uns Ihre Ernte an, oder schaffen Sie uns einen anderen Schießplatz!“ Es wurde die Hilfe des Kreisrates angehen. Er hat keine Schuldigkeit — aber ohne Erfolg; nicht mehr erzielte eine Zuschrift an das Ministerium Finger. Dann wanderte eine Beschwerde nach Kassel an das Generalkommando. Der Erfolg aller mühsamen und zeitraubenden Bemühungen war, daß die Zeit der Absperrungen um einige Tage gekürzt wurde.

Eine Interpellation Lichtenstein in der Kammer fand die Unterstützung aller Abgeordneten, nur nicht die des Herrn Ministers Finger, der allein daran Schuld trägt, daß wir heute wieder die alte Geschichte haben. Dieses Jahr hat man den Landwirt beim Einbringen seiner Hauptfrucht, der Gerste, schwer geschädigt. Medner hatte, als die Absperrungen dieses Jahr bekannt wurden, wiederum sofort Schritte beim Kreisamt und beim Minister des Innern getan — erhielt aber keine Antwort und es wurde doch abgeperrt und geschossen. Dem Landwirt gingen neun Tage verloren in einer Zeit, in der er keine Stunde entbehren kann. Herr Lichtenstein richtete eine Eingabe an den hiesigen Landwirtschaftsrat, auch hier ohne Erfolg. Sehen Sie, wie machtlos unsere Behörden den Militärbehörden gegenüber sind, und dies hat mir Herr Ministerialrat Braum auch bestätigt. Im landwirtschaftlichen Provinzialverein hat dann Herr Ministerialrat Braum die volle Unterstützung des Ministeriums zugesagt. Erst im Provinzialverein wurde dem Referenten eine Antwort zu teil. „Welchen Rang muß der Mensch in Hessen einnehmen, um seitens der Behörden einer Antwort würdig zu sein?“

Hg. Reinh. Schmidt-Elberfeld, der Vertreter Bingen-Alzeys im Reichstage, versprach, die Angelegenheit bei der Staatsberatung im Reichstag zur Sprache zu bringen; auch der (nicht persönlich anwesende) Hg. Schmitt-Mainz versprach die energische Wahrung der Interessen der geschädigten Landwirte. Es sprachen noch einige Bürgermeister, worauf eine Eingabe an den Reichstag verlesen und genehmigt wurde.

Die Eingabe schildert die Verhältnisse. Trotz aller Vorstellungen wurde in diesem Jahr wieder inmitten der Ernte eine der fruchtreichsten Gegenden Rheinlands für längere Zeit zur Ausföhrung von Scharfschießübungen dem Landwirt unzugänglich gemacht! 1500 Hektar, wovon nicht ein Aar unbedeckt liegt, mit ca. 1000 Hektaren schmittreifer Frucht wurden vom 10. bis einschließlich 16. August, soweit es nicht Ferienlage waren, von morgens 5 Uhr bis mittags 1 Uhr abgeperrt! Diese Maßregeln sind erfolgt durch die in Mainz garnisonierenden Regimenter der 41. Brigade Nr. 87 und 88, ohne vorherige Vereinbarung mit den Zivilbehörden oder den Grundbesitzern. Es wurde einfach in den Kreisbüchern vermerkt, daß das Gelände zwischen Wadernheim, Ober-Olm, Essenheim, Elshelm, Sauer-Schwabenheim, Großwinternheim, Ober- und Nieder-Jugelheim für längere Zeit abgeperrt werde!

G. aus Elsaß-Lothringen, 30. August. Die Spioniergeschäfte im Lande der Diktatur lustig weiter. Der neueste Fall ist folgender: Der Maschinenschlosser Nowicki in Metz, der im Jahre 1863 seine Heimat russisch-Polen hatte verlassen müssen und in den reichsländischen Staatsverband aufgenommen worden war, beabsichtigte, seinen Verwandten nach der langen Trennung einen Besuch abzustatten und wandte sich deshalb an die russische Behörde mit dem Gesuch um einen Paß, wurde aber abschlägig beschieden. Nunmehr verabredete er mit seiner Familie eine Zusammenkunft auf deutschem Boden in Lych in Ostpreußen, wohin er vor zirka 14 Tagen reiste. Von Metz aus fuhr N. in Gesellschaft eines Zahnmeisterspiranten, mit dem er sich in französischer Sprache unterhielt. Ein Mitreisender hörte dies, hielt es für hochverdächtig, daß ein reichsländischer Militärbeamter mit einem Zivilisten sich in französischer Sprache unterhielt und denunzierte Nowicki als französischen Spion. Am Ziel seiner Reise angekommen, wurde dieser von zwei preussischen Polizeibeamten verhaftet, weil er verdächtig sei, im Solde Frankreichs zu spionieren. Der angebliche Landesverräter wurde eingehend durchsucht. Die Ausbeute war ein Wahlstimmentzettel und ein Diplom, das die Generaldirektion der elsass-lothringischen Reichseisenbahnen vor einigen Jahren ihrem Arbeiter Nowicki verliehen hatte. Auf Grund dieses Ergebnisses blieb nichts anderes übrig, als das Opfer der in den Reichsländern und besonders in Lothringen geradezu sportmäßig betriebenen Spioniererei wieder laufen zu lassen.

Der Jesuitenpater Karl Paulus, geboren 1846 zu Hochfelden bei Straßburg, erhielt vor einigen Tagen vom Bezirkspräsidium des Unterelsaß einen Ausweisungsbefehl, auf Grund dessen er das Gebiet des deutschen Reiches binnen 24 Stunden zu verlassen hatte. Pater Paulus hatte als französischer Staatsangehöriger seit mehr als 20 Jahren bei seinem Bruder, der in Hochfelden als Holzhändler ansässig ist, alljährlich einige Ferienwochen zugebracht, ohne jemals von der Polizei belästigt zu werden. Hochfelden zählt zum Reichstagswahlkreis Straßburg-Land, der im Juni d. J. der Regierungspartei durch die Merkmalen abgenommen worden ist.

Kleine politische Nachrichten. Der 7. allgemeine deutsche (Unternehmer-) Vergamstag wählte als Ort der nächsten Versammlung Dortmund. — Beschlagnahme auf Antrag zweier Privatpersonen, die sich durch einen Bericht beleidigt fühlten, wurde in Hamburg am Sonnabend abend die am Morgen desselben Tages erschienene Nummer 34 der Hamburger Sportzeitung. Beschwerde ist erhoben, aber die Nummer noch nicht freigegeben worden. Wenn in Hamburg jede beliebige Person, die sich beleidigt fühlt, mit solcher Schnelle die Konfiskation eines Blattes durchsetzen kann, wird die Pressefreiheit in Hamburg bald sprichwörtlich werden. — Aus dem Kriegerverein in Lohmen bei Gütstrow wurde der freiständige Erbpächter Ehme „ausgestoßen“, weil er zur Wehrheit gegenüber den Konservativen die Sozialdemokraten als kleineres Übel anerkannte. — Nach Kamerun wird in der nächsten Zeit über Hamburg in Begehung eines Allgäuer Sennens, der drei Jahre lang jährlich 3000 Mk. erhält, ein Zug von 12 Stück Allgäuer Vieh zu Kreuzungsversuchen mit dem kameruner Rind geschafft werden. — Der westfälische Genossenschafts-Verdächtige Amtsgerichtsrat a. D. v. Schrader in Celle hat auf sein Gesuch um Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgerichte Jisteb den nachstehenden Bescheid des Oberlandesgerichtspräsidenten zu Naumburg erhalten: „Der Herr Justizminister hat Ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Gemäßheit des § 6 Nr. 1 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 verweigert, weil Sie nach Ihrer im Jahre 1891 erfolgten Entlassung aus dem Richteramt während eines Zeitraumes von drei Jahren in keinem der in dem erwähnten Paragraphen bezeichneten Berufe thätig gewesen sind. In Vertretung (gez.) Visco.“ — Die Österreichischen „Kostendeckenden“ wollen ihre „landwirtschaftliche Woche“ vom 4. bis 11. September in Wien nach berühmtem Muster abhalten. Zu ihrer Unterweisung, wie's gemacht werden muß, werden zur Stelle sein vom deutschen Bund der Landwirte die agrarischen Korrespondenten Dr. Diederich Hahn, Major a. D. Eubell, Gutbesitzer Lucke, Edmund Klapper. Viel Glück! — Unter den Mannschaften des Füsilierregiments Nr. 2 in Thorn ist die Ruhe ausgebrochen. Vom ersten Bataillon sind 40 Mann ins Lazarett gekommen. Bei den anderen Bataillonen ist die Zahl der Erkrankungen geringer. Die Ursache der Epidemie ist bisher unauferklärt. Das Regiment hat soeben seine Schießübungen auf dem Artilleriechießplatz beendet. — Aus Brzeszow (Galizien) wird vom 31. August gemeldet: In dem Prozesse gegen 81 wegen jantsemitischer Ausföhrungen Angeklagte wurden 53 vom Kreisgericht zu Gefängnisstrafen von sieben Tagen bis zu einem Jahre verurteilt und 28 Angeklagte freigesprochen.

Schweiz.

Das Lohnminimum.

Bern, 30. August. Die Sozialdemokraten forderten für die von der Stadt Bern beschäftigten ungelerten Arbeiter einen Minimallohn von 4 Fr. (3.20 Mk.), für die Berufsarbeiter einen solchen von 5 Fr. (4 Mk.) im Tag. Mit 33 gegen 19 Stimmen hat der Berner Stadtrat dies Lohnminimum angenommen. Minimallohne haben auch die Städte Zürich, Winterthur und Lausanne eingeführt.

Der Beschluß untersteht dem städtischen Referendum. Die Anhänger des Minimallohnes führten aus, er sei dazu angethan, die Notlage der Arbeiterschaft zu lindern. Eine Familie könne nicht auskommen, wenn ihr Ernährer nicht mindestens 4 Fr. im Tag beziehe. Je besser man den Arbeiter bezahle, desto solider werde er. Die Gegner erklärten, der Minimallohn sei für Bern unannehmbar, weil die Stadt sehr viel ungelerte Arbeiter, sogenannte Handlanger, zähle. Er lähme den Wetteifer der Arbeiter. Zu der Referendumsabstimmung dürften die Bürger den gefassten Beschluß annehmen, obschon er mit einer jährlichen Mehrausgabe von etwa 60000 Fr. verknüpft ist. Man braucht, bemerkt dazu der Berner Berichterstatter der Frankf. Zeitung, nicht Sozialdemokrat zu sein, um einzusehen, daß der Minimallohn von 4 Fr. den meist linderreichen Arbeitern zu gönnen ist.

Frankreich.

Die Pariser Presse über den Fall Henry. — Boisdeffre.

Paris, 31. August. Die Verhaftung Henrys ruft die größte Erregung hervor. Viele Blätter halten die Revision des Dreyfus-Prozesses für gewiß.

Der Matin erklärt, die Nachricht werde im ganzen Lande tiefe Bestürzung hervorrufen.

Der Figaro schreibt, Schmerz und Trauer werde die Arme erfüllen, wenn sie erfahren wird, daß der Chef des Informationsbureaus solche Mißthat beging und seine Vorgesetzten so schändlich täuschen konnte.

Revue République meint, die Geändnisse des Fälschers Henry bildeten die Lösung des schrecklichen Dramas, von dem Frankreich allzulange gequält werde.

Rappel verlangt die sofortige Freilassung Picquarts und die Verurteilung von Dreyfus nach Frankreich, damit dieser vor seinen Richtern sich rechtfertigen könne.

Die offizielle Agentur Havas meldet aus „privater Quelle“: „Cavaignac hatte sogleich nach seiner Ernennung zum Kriegsminister einen Offizier seines Kabinetts damit beauftragt, die Akten des Dreyfus-Prozesses in eingehendster Weise zu prüfen. Schon am 15. August hatte dieser Offizier eine Fälschung bemerkt, er machte aber davon erst Meldung, als der Minister nach Paris zurückgekehrt war. Am gestrigen Dienstag wurde Oberstleutnant Henry durch General Gonse in das Kabinett Cavaignacs geführt, worin sich die Generale Roger und Boisdeffre befanden. Oberstleutnant Henry, dem das betreffende Aktenstück vorgelegt wurde, behauptete anfangs dessen Echtheit, erklärte jedoch auf weitere Vorhaltungen, das Schriftstück sei ihm unvollständig zugegangen und er habe die Schlusswendung hinzugefügt und gestand schließlich ein, er habe das ganze Dokument selbst angefertigt. Henry wurde hierauf nach dem Mont Valerien gebracht. Man versichert, die Ueberzeugung des Kriegsministers bezüglich der Schuld von Dreyfus sei durch die Entdeckung der Fälschung nicht im geringsten erschüttert worden (!), er sei aber entschlossen, alle Schuldigen, welches auch ihr Rang und ihre Stellung sein möge, zur Rechenschaft zu ziehen. Daß noch eine neue ergänzende Untersuchung infolge des Geändnisses Henrys angeordnet werden wird, glaubt man nicht.“

Bertuchen möchte also Cavaignac. Ob er es vermag? Dem Soir zufolge sollen Brisson, Trouillot und Marsollet in Ministerrate energisch die Revision des Dreyfus-Prozesses und die sofortige Entlassung gewisser Generale gefordert haben. Der Kriegsminister Cavaignac

habe jedoch mit seiner Demission gedroht, falls diese Forderungen aufrecht erhalten würden!

Das Entlassungsgesuch Boisdeffres an den Kriegsminister lautet:

Paris, den 30. August 1898.

Herr Minister!

Ich habe soeben den Beweis erhalten, daß mein Vertrauen zu dem Oberstleutnant Henry, dem Chef des Nachrichtenbienstes, nicht berechtigt war. Dieses Vertrauen, das ein unbegrenztes war, hat mich dahin geführt, mich täuschen zu lassen und ein Dokument für echt zu erklären, das es nicht war, und Ihnen als solches vorzulegen. Unter diesen Umständen habe ich die Ehre, Herr Minister, Sie um Enthebung von meinem Amte zu ersuchen. Boisdeffre.

Der Kriegsminister antwortete:

Paris, den 31. August 1898.

Mein lieber General!

Es scheint mir notwendig, daß Sie selbst als Hauptperson bei der Untersuchung der Handlung, die den von Ihnen in voller Loyalität begangenen Irrtum veranlaßte, fungieren, und erst danach kann ich, wenn Sie auf Ihrem Verlangen beharren, dem mir vorgelegten Gesuch entsprechen. Genehmigen Sie die Versicherung meiner herzlichsten Gesinnung. Cavaignac.

Boisdeffre sprach hierauf dem Kriegsminister seinen Dank dafür aus, daß er an seine Loyalität glaube, ersuchte ihn aber zugleich unter der Versicherung seiner ehrfurchtsvollen Ergebenheit, auf seiner Bitte beharren zu dürfen. (Wie schon gemeldet, nahm der Kriegsminister hierauf die Demission Boisdeffres an.)

Spanien.

Gute Absichten.

Madrid, 30. August. Der Finanzminister beabsichtigt, 6000 von den Antillen zurückkehrende Offiziere mit Katasterarbeit zu beschäftigen, um große Steuerhinterziehungen ans Volk zu bringen.

Rußland.

Von Großvaters Bauernbefreiung. — Militärisches.

Moskau, 31. Aug. Auf die Begrüßung des Abelsmarfchalls des Moskauer Gouvernements am 28. dts. Wis. erwiderte der Kaiser, indem er sich an die versammelten Repräsentanten des Adels wandte: „Ich danke Ihnen, meine Herren, für die mir ausgedrückten Gefühle. Es ist mir besonders angenehm, Sie heute zu hören, wo ganz Rußland der erhabenen That meines Großvaters, die zum Wohle Rußlands so notwendig war, gedankt. Er führte sie so tüchtig aus, verwirklichte sie so friedlich und glücklich dank der selbstankopfernden, uneigennütigen Mitwirkung des Adels. Ich und Rußland werden dessen eingedenk sein. Die Geschichte wird diese Aufmerksamheit mit goldenen Lettern in ihre Annalen eintragen. Mit Vertrauen werde ich mich auch künftig auf den Adel bei dem ferneren, gemeinsamen Dienst zum Wohle unserer Heimat verlassen.“

Die Bauernbefreiung in Rußland führte zur Verkümpfung des rasch die Wente des Gemeinlandes verjüngenden Adels und der im Glende verfallenden Bauernschaft.

Bei einer Feldübungsübung in Rembartow bei Warschau wurden drei Offiziere durch eine platzende Bombe getötet und zwei schwer verletzt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Mit einem ganz hübschen Wunschzettel hatte der soeben in Ehrenfriedersdorf abgehaltene Kongress der sächsischen Gewerbe- und Handwerkervereine aufzuwarten. Es wurde bezüglich der Handwerksorganisation folgender Antrag angenommen:

1. Der Verbandstag sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine empfiehlt den Handwerkern des Königreichs Sachsen, von der Fügigkeit, sich auf Grund des neuen Handwerksgesetzes zu organisieren, möglichst Gebrauch zu machen, indem dort, wo es die Verhältnisse zulassen, Zwangsinnungen gegründet werden, und dort, wo die Verhältnisse dies nicht gestatten, frei Innungen, bzw. freie gemischte Innungen zum Unterbau der Organisation ausgebildet werden. 2. Der Verbandstag empfiehlt weiter, die bestehenden Gewerkekammern auch in ihrer Verbindung mit den Handelskammern zunächst für die Uebergangszeit beizubehalten.

Der Kongress beschäftigte sich ferner mit der Frage der Besteuerung der Großwarenhändler und nahm folgende Erklärung gegen eine Stimme an:

Der Verband wolle beschließen, die Gemeindevertretungen im Königreich Sachsen zu bitten, im Interesse des Handwerks und Mittelstandes für eine je nach den örtlichen Verhältnissen angemessene Besteuerung der Großgeschäfte, der Konsumvereine bzw. der Zweiggeschäfte zu stimmen.

Bezüglich der Alters- und Invaliditätsversicherung war nachstehender Antrag vorgeschlagen worden:

Der Landesverband wolle bei dem Bundesrat des deutschen Reiches einkommen, daß bei Umarbeitung der Alters- und Invaliditätsversicherung 1. für die Einführung eines anderen, gerechten Erhebungsmodus der Beiträge und, wenn irgend möglich, für eine Herabsetzung der Beiträge, 2. für eine Vereinfachung der Geschäftsverwaltung, worunter gleichzeitig die Beseitigung des Kartensystems und die Vermeidung von Luxusbauten für Unterbringung der Kartenabteilungen bringen erbeten wird, 3. für die Aufnahme der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden mit mehr als einem selbständigen Arbeiter in die Versicherung unter annähernd gleichen Bedingungen, wie alle anderen im Arbeitsverhältnis stehenden Versicherten, Sorge getragen wird.

Man war mit dem Grundgedanken des Antrags allseitig einverstanden, hielt aber eine schärfere Fassung für notwendig.

Burgstädt, 30. August. Wegen Beleidigung des sächsischen Landtages ist gegen den Redakteur unseres Burgstädter Parteiorgans, Genossen Schöpfkin, und gegen den Bruder des Blattes, Genossen Landgraf, ein Strafverfahren anhängig gemacht. Die Beleidigung soll in einem Artikel begangen worden sein, der den hauptsächlichsten Wortlaut des neuen sächsischen Vereinsgesetzes wiedergab und nochmals kurz die Geschichte des neuen Vereinsgesetzes behandelte. Am Sonnabend hatten deshalb beide Genossen eine Vernehmung vor dem Amtsanwalt. Wann hat denn der „beleidigte“ Landtag seine Einwilligung zu dem Strafentwurf gegeben?

Kein anderes Parlament, abgesehen von dem braunschweigischen Landtage, nicht einmal das preussische Herrenhaus, klagt. . .

Jehniß (Anhalt), 31. August. Wegen fortgesetzten Amtsvergehens verurteilte die Strafkammer in Dessau den Bürgermeister von Jehniß, Dr. Stutte, zu 2 Monaten, den Stadtrat Reißmann zu 1 Monat Gefängnis. Die Beurteilten halten die Führung des Personenregisters des Standesamtes einem Schutzmann überlassen.

Hierzu eine Beilage.

Morgen Freitag den 2. September abends 7/9 Uhr (8182)
Öffentl. Buchdruckerversammlung
 im Römischen Hof, Mittelstraße.

Tagesordnung: 1. Beratung der Statuten und Anmeldung von Mitgliedern zum Verein. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Gewerkschaftliches. Zu zahlreichem Erscheinen ladet auch verw. Berufsgenossen ein D. G.

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen
 empfehle meine stets sauberen Räume zu **Veranstaltungen und Festlichkeiten.**
 Anerkannt gute **Biere** und große Auswahl in **Speisen.**
 Bürgerlichen Mittagstisch inkl. Suppe 40 Pfg. In Leitung **W. Spiess.**

Hotel und Restaurant
Europäische Börsenhalle
 Katharinenstr. 12.
Täglich Konzert
 der so schnell beliebt geworden. Schwäb. Familienkapelle „Wagemann“.
 Jederzeit Specialgerichte zu kleinen Preisen sowie die bekannten Kraftsuppen, Exquisite Biere, Hochachtungsvoll **Karl Schade.**

Morgen sowie alle Freitage
Pantheon. Ballmusik.
 Ergebenst ladet ein
J. Munkelt.

Lapps alkoholfreies Bier in Flaschen
 Bestes Erfrischungs- und Gesundheits-Getränk aus der Bayerischen Bierbrauerei **V. Lapp, Leipzig-Lindenau.** Telephon-Amt III, 5489.

Bad Rohrteich, Schönefeld.
 Größter und schönster Ansehensort Leipzigs.
Erstes Motorboot in Leipzig, 20 neue Gondeln, Segelboot.
 Schwimmbassin für Herren und Damen, Einzelne Zellenbäder.
 Schwimmunterricht von ersten Lehrern.
 Dabei empfehle meine hochfeinen Getränke und gute Küche. **Roh. Schönherr.** (6080)

Marienbad
 Leipzig-Neuschönefeld
 Eisenbahnstrasse Nr. 66.
 Konradstrasse 25.
 Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Voll- und Teil-Dampfbäder, Einpackungen, Specialformen, anerkannt vorz. Massage. Damenzelt von 1-4 Uhr nachm. Schwimmbassin, kristallklares Wasser. Damenzelt: Montag, Mittwoch, Sonnabend u. 2-1/2 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/9-11 Uhr vorm. Bannbäder I. u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. (8658)

mit 10 Proz. Rabatt
Nur durch großweissen Bezug aus ersten Fabriken kann ich jede
Taschen-Uhrfeder
 garantiert u. nachweislich erste Güte für **75 Pfg.** einsetzen.
 Für Haltbarkeit 3 Jahre Garantie. Die alte (zerbrochene) Feder wird sofort zurückgegeben. (3078)
M. Kemski
 Mühlentorstr. 6
 Specialgeschäft für Uhren.

Connewitzer Möbel-Halle.
 Die grösste der Südvorstadt.
 Stöckartstr. 11 und Bornaische Str. 32.
 Empfehle alle Möbel, Spiegel und Polsterwaren billigt unter Garantie.
Moritz Freyer.

Pinkau & Gehler
 Photographisches Atelier
 LEIPZIG, Turnerstrasse 11.
 Aufnahmezeit Sonn- und Wochentags von 9 bis 4 Uhr.

Barchent, roh u. gebleicht
 sowie sämtliche Baumwollartikel
 Fabrikate der Leipziger Baumwollweberei in nur besten Qualitäten zu Fabrikpreisen empfiehlt
Marie verw. Weiske
 früher Leiterin des Einzelverkaufes der Leipziger Baumwollweberei
 jetzt: **Lindenau, Bismarckstr. 31.**

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

Dampfbrauerei Zwenkau
 Abteilung für Flaschenbiere und Syphons
Kellerei: Nonnenbrauerei, L.-Plagwitz, Nonnenstr. 25
 empfiehlt ihre mit der **Königl. Sächs. Staatsmedaille** prämierten Biere, hergestellt aus den vorzüglichsten Rohmaterialien.
Originalfüllung in 1/2 Liter-Flaschen und Syphons zu 5 Litern.

Uhren Million-Uhren
 Nickel Mk. 6.50, Stahl Mk. 10.—
 Silb. Cyl.-Remontoir-Uhren Mk. 12.50
 Silb. Damen-Cyl.-Rem.-Uhren Mk. 12.50
 Gold. Damen-Cyl.-Rem.-Uhren Mk. 19.—
 Federzug-Regulateure halb u. voll schlagend Mk. 15.—
 Grosses Lager von Goldwaren, Uhrketten und optischen Artikeln bei
Gustav Kaniss
 Tauchaer Strasse 6.
 Abonnement dieser Zeitung erhalten 10 Prozent Rabatt.

Handlungsgehilfen
 Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.
 Bezirk Leipzig.
 Donnerstag den 1. Sept. abends 9 Uhr
Öffentliche Versammlung
 im Coburger Hof, Windmühlensirasse, Tag.-Ord.: 1. Die soziale Vertretung der Handlungsgehilfen. 2. Das neue Vereinsgesetz. 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsstatell. 4. Innere Berufsangelegenheiten. (8150)
 Zum regen Besuch ladet ein **Der Bevollmächtigte.**

Gemeinnütziger Verein Sommerfeld-Engelsdorf.
 Sonnabend, 8. Septbr., abends 7/9 Uhr
Öffentliche Versammlung
 im Köthlingschen Gasthof, Sommerfeld. L.O.: Vortrag von Herrn W. Wittich-Leipzig über: Ferdinand Lassalles Leben u. Wirken; Gemeindef. u. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

Treffpunkt aller Oesterreicher
 Restaurant zur Stadt Eger
 Postamtstrasse 3. (8165)
 Morgen Freitag Schlachtfest.
 Von früh 7/7 Uhr an Wellfleisch.
E. Vettors, Ländchenweg 16.

Neugebauer, akad. gebild., staatl. nicht gepr. Prakt. d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, jetzt u. langj. erf. arzt. Geschlechtskrankh. d. N. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magens-, Darm-, Haut- u. Nervenleiden, Rheumat., Weichschäden. Grimm, Str. 21, II. Speich. 9-2-5-8, Sonn. 10-11 Uhr, an. d. v. b. v. l.

Gummi- Waren zur Gesundheitspflege in bester Qualität bei **Frau Auguste Graf** allein noch Nikolaistr. 4. Preis, nur geg. Freieouw. (20 Pf.) nicht postl.

Hausfrauen beachtet die in nächster Woche erscheinende Abhandlung über **Triumph** Salmiak-Terpentin-Waschpulver.

Cigarren, Cigaretten und Tabak empfiehlt (2198) **E. Kriebler, L.-Plagwitz** Weissenfelder Str. 61, Ecke Mühlentstr. NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.
Möbel, Spiegel u. Polster- waren in nur solider Ausführung zu außerordentlich billigen Preisen empfiehlt (9740) **Hermann Dietrich, Tischlerstr. 83, Lindenau, Wierzbarger Str. 83.**

Georg Schöbel
 Leipzig
 Reichsstr. 18-20
 Schaufeln Spaten Spitz- u. Radehacken Gartenrechen
 Elektrische Klingeln - Thür- u. Fensterbeschläge Drahtnägeln - Fahrräder sowie alle Haus- u. Küchengeräte zu bekannt billigen Preisen.

Achtung, Kleinzscheoher.
 Son. geht an werden jeden Freitag und Sonnabend
Gänse
 ausgepfundet. (8157)
August Schneider, Albertstrasse 22.

Uhren!
 Nickeluhren von W. G.-Remontoiruhren m. Gold. von W. 10.—
 Goldene Damenuhren von W. 18.—
 Regulateure m. Schlagw. von W. 10.—
 Wecker von W. 2.50.
 Garantie 2 Jahre. Leber 10%, Rabatt. Reparaturen billigst.
C. Hammer, Uhrenhandlung
 Wintergartenstr. 15, a. Krystallpalast.

Fahrräder
 nur erstklassige Marken
F. Hünemörder, Tauchaer Str. 15.
 NB. Auch habe mehrere gebrauchte, gut erhaltene Maschinen am Lager.

Anton Tätzner
 Leipzig
 Tauchaer Str. 28
 gegründet 1878
 empfiehlt beste und billigste **Nähmaschinen** u. **Fahrräder** unter sachmännischer reeller Garantie.
 Große Reparatur-Anstalt.
 Unterricht der modernen Kunststickerie gratis.
 Günstige Zahlungsbedingungen.
 Alle vorkommenden Reparaturen schnell u. bill. unt. Garantie.
 Fernsprecher A. I. 4431.

Monatsgarderobe.
 Empfehle in reicher Auswahl allerfeinsten **Frühjahrs-Paletots**, Komp. Anzüge, Jacketts, Beinkleid etc. Elegante Fracks und Gesellschaftsanzüge auch leihweise. (2695)
 NB. Um Zerren zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß ein Zwelggelächst von mir am Plage nicht besteht.
J. Kindermann, Salzgäßchen 9.

Berlag vollstüml. Wandschmucks
Paul Weber, Lindenau
 Sophienstr. 11, III. v.
 Parteilos jeder Art, geschmackvoll gestickte sozialdemokratische Wandsprieche. Große Auswahl. - Billige Preise. Einrahmungen aller Art. - Auf Wunsch erfolgt Abholung. - Vereins-, Fabrik- und Gruppenbilder größte Vergünstigung.

? Wer?
 feinen Fußboden streichen und sich viel Mühe und Verdruss ersparen will, **der kaufe sich** die sachmännlich zubereiteten, haltbaren, schnell trocknenden und nicht nachbleibenden **Fußbodenfarben** beim alten Praktiker **H. Schumann**
 L.-Volkmarisdorf, Elisabethstr. 2 gegenüber der 16. Bezirksbahn.
 Altrenommierte Bill. Bezugsquelle für alle Streichmaterialien, Farben, Drogen und Chemikalien. (4888)

H. Niepraschk, Uhrmacher
 Lindenau, Josephstr. 38.
 Reichhaltiges Lager von **Herren- u. Damenuhren** Regulateure, Standuhren und Wecker.
 Große Auswahl in **Ketten** Ringen u. Goldwaren. Reparaturen gut und billigst.

Karl Worbs, Kleinzscheoher
 Hauptstr. 13.
 Jeden Freitag **Schlachtfest.** Früh 8 Uhr Wellfleisch.
Achtung! (wegen Umzug) **Handwagen** von 1-10 Ctr. Tragkraft. Wagenfabrik von Paul Findelsen. 7702) L.-Neustadt, Mariannenstr. 41.
 1898 er Felix Brasil-5 Pf.-Cig. ff. 1/20 Pf. empf. G. Kelterborn, Gohlis, Gall. Str. 118.

Möbel für den Arbeiterstand empfiehlt reell und wirklich billig **Georg Schade, Lindenau** Ecke Marien- und Wundorfer Straße.
Altes Gold kauft z. höchst. Preisen Uhrenmacher Becker, Markt. Steinweg 83.
Möbel, große Auswahl, neu und gebraucht, empfiehlt bill. **J. Hürtsch, Nürnberg, Str. 54, v. v.**
 Bettstellen mit Matratzen von 24 Mk. an. Alle anderen Möbel billigst.
Sendel, Lindenau, Hermannstr. 16.
 Tisch, Stühle, Bettst. m. M., Wascht., Kleider-, Küchenschel. vert. bill. Lind., Markt 13, IV. 1.

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Feinisch in Leipzig.

Die Rundgebung des Zaren.

d. Die Abrüstungsfrage war schon vor achzig Jahren nahe daran, auf einer Konferenz behandelt zu werden. In dem 1878 erschienenen Teile der auf Befehl des russischen Auswärtigen Amtes von Professor F. Martens zu Petersburg herausgegebenen Sammlung von Verträgen Russlands (IV. 1, p. 86) wird der Vorgang folgendermaßen erzählt:

Eine Frage, die um diese Zeit (1816—1817) die russische und österreichische Regierung beschäftigte, war die vom Prinzregenten Englands angeregte Abrüstungsfrage. Letzterer hatte den Gedanken, es solle eine internationale, von den europäischen Großmächten mit Vollmachten angefaltete Versammlung von Militärpersonen für die Heere aller Mächte die normale Truppenzahl auf dem Friedensfuß feststellen. Die russische Regierung nahm diesen Vorschlag Englands mit großer Teilnahme auf und drückte gleichzeitig den Wunsch aus, es möge „auf dem nächsten Kongress der natürlichen Friedensfuß“ unter den europäischen Völkern festgestellt werden.

Österreich nahm seinerseits den englischen Vorschlag ernsthaft in Betracht, um so mehr, als seine Finanzen in der traurigsten Verfassung sich befanden.

Bei diesem Anlaß äußerte Fürst Metternich in einer besonderen Denkschrift seine Ansicht über die stehende Heere im allgemeinen. Vom Gesichtspunkte der Ordnung im Innern bildeten allerdings die stehenden Heere eine Stütze, deren die Regierungen nicht entbehren könnten. „Aber,“ fährt der Fürst fort, „es wäre ein Irrtum, sie als die einzige oder auch nur als die sicherste Stütze der Regierungen zu betrachten. Die wahrhafte Stärke der Fürsten besteht weit mehr in ihrem Regierungssystem und in den Grundsätzen, auf denen ihre Verwaltung ruht, mit einem Wort in dem, was die wahre sittliche Macht bildet, als in der Ansammlung von schußgebenden Streitkräften. . . . Die österreichische Regierung nähme daher mit Vergnügen den russischen sowie den englischen Vorschlag an. Es könne die Frage in der Konferenz erledigt werden, welche auf Grund der Uebereinkunft vom November 1815 berufen werden sollte. . . .“

Zur politischen Lage

schreibt als mahnende Klaffandra die Kreuzzeitung:

Noch hat die Zeit von ihrem Ernste nichts verloren. Weichen wir wachsam auf der politischen Warte und wenn auch „im Auswärtigen Amt tiefe Ruhe herrscht“, wie das Rheinische Blatt vorwiegend betont, so meinen wir, daß Ruhe und Ruhe doch sehr unterschiedlich ist. Schöne Auswerklichkeit bedingt noch lange nicht, daß man Lärm um sie macht, und wenn die politische Lage „nicht als beunruhigend“ bezeichnet wird, so dürfte auch das seine guten Gründe haben. Wäre es etwa praktischer, in die Welt von amtlicher Stelle hinauszurufen: Der politische Barometer steht sehr tief? Wir bezweifeln es, wir zweifeln aber nicht daran, daß unsere auswärtige Politik sehr wohl mit der ersten Gestaltung der Gegenwart rechnet. Wir sehen bestimmt voraus, daß sie ihre Ziele klar im Auge behält, daß sie ohne Schwanken nach hier oder dort den Weg verfolgt, den sie für den richtigen erfunden, und wir hoffen zuversichtlich, daß sie, wenn es geboten erscheint, mit deutlicher Entschlossenheit die deutschen Interessen zu wahren wissen wird.

Mit anderen Worten: ob die Kriegsjurie oder eine Abrüstungskonferenz der Rundgebung des Zaren folgen wird, ist die Frage.

Elfaß-Lothringen.

Offiziös schreibt die Kölnische Zeitung:

Die Franzosen, wenigstens die zurechnungsfähigen Politiker unter ihnen, können doch nicht einen Augenblick darauf gerechnet haben, daß wir etwa der großen Rundgebung des russischen Kaisers eine deutsche würden folgen lassen, in der wir den Franzosen Elfaß-Lothringen zu Füßen legen? Etwas Aehnliches ist ernstlich gar nicht zu erwägen. Wenn der Goulois schreibt, daß unter den Fragen, mit denen der Kongress sich zu beschäftigen haben würde, auch die elfaßische und die ägyptische gehören werde, so könnte das allerdings geschehen, wenn sich der Kongress die Lösung von Streitfragen auf dem Wege der Gewalt, nicht aber auf dem des Rechts zur Aufgabe setzte. Es giebt Fragen, die ihre endgültige Lösung erfahren haben und an denen nicht gerüttelt werden darf, und solche, die sich in einem provisorischen Stadium befinden. Zu den letzteren sind z. B. die Angliederungen von Nizza an Frank-

reich und von Elfaß-Lothringen an Deutschland zu rechnen. Zu den zweiten die noch nicht entschiedene Philippinenfrage und das Schicksal Ägyptens, das sich heute noch in einem auch von England anerkannten Uebergangszustande befindet. Diese Scheidung ist endgültig geregelt und schwebende Fragen werden ganz zweifelsohne für den Kongress, wenn er sich mit ihnen zu beschäftigen haben würde, allein maßgebend sein, und es ist völlig ausgeschlossen, daß Russland auch nur einen Augenblick sich den Standpunkt zu eigen machen könnte, den verleihe Eigenliebe in französischen Blättern einnimmt. Das rasche Entgegenkommen, das Deutschland der russischen Aufforderung bewiesen hat, zeigt am besten, daß man sich in dieser Beziehung nicht der geringsten Besorgnis hinzugeben braucht.

Das Manifest des Zaren

trägt, so wird in der französischen Presse hervorgehoben, das Jahresdatum des Tages, an dem auf dem Polhuau vor Kronstadt das Bündnis zwischen Russland und Frankreich besiegelt ward.

Ueber frühere Abrüstungspläne

wird in der französischen Presse darauf hingewiesen, wenn Frankreich es anders gewollt, so hätte es schon vor 7 Jahren auf einen ähnlichen Plan eingehen können. Damals, im Jahre 1801, verbreitete sich das Gerücht, daß Wilhelm II. sich mit einer Abrüstungsfrage und einem Kongress zusammenberufen wolle. Das Gerücht fiel hier auf einen sehr ungünstigen Boden. Die Patrioten, Deroulede und Millevoje regten sich; die Abrüstung sei Frankreichs unwürdig; sie werde von Deutschland in Verbindung mit Italien angeregt, weil Crispi angebetet, daß Italien den Küstungsbedingungen des Dreiebundes nicht länger gewachsen sei. Frankreich werde nicht in diese Schlinge gehen und Russland würde sich überhaupt nicht einmal auf die Vorverhandlungen einlassen. Neben Deroulede und Millevoje ließ sich auch General Boulanger vernehmen, der sich bald nachher erschoss; auch er begriff schon, daß Italien der Küstungen müde sei; aber Frankreich und Russland könnten nicht daran denken, um so mehr, als Frankreich auf die Dauer besser im Stande sei, die Kosten der Küstungen zu ertragen, als Deutschland. Drei Jahre später — so schreibt der Clair — tauchte die Abrüstungsfrage wieder auf, diesmal angeblich auf die Anregung des Königs von Dänemark hin.

Ein zeitgemäßer Wunsch in der Ära zarischer Friedensrundgebungen.

Der Köln. Ztg. ist die Wirkung unserer Armeegechosse noch nicht stark genug. Sie billigt zwar die Dum-Dum-Geschosse nicht, aber sie will, das der ausführende Gegner niedergeworfen werde. Wörtlich heißt es in dem rheinischen Blatte:

Obgleich der Europäer an Fähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen den Schmerz hinter den Angehörigen wider Volksstämme zurücksteht, so ist es jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß unser Infanteriesoldat den Ansturm anreitender Kavallerie nicht zu brechen im Stande ist. Wenn es auch noch eingehender Verusche bedarf, um die Wichtigkeit dieser Beobachtungen sicher zu stellen, so ist es jetzt schon erforderlich, nach einem Mittel zu sinnen, um die Geschosswirkung zu steigern. In der Rücksicht zum alten Kaliber und damit notwendig zur Verringerung der Patronenanzahl und zur Verstärkung des Rückstoßes (der allerdings beim Rückstoßlager nutzbar gemacht werden könnte) kann die Lösung nicht liegen. Man muß versuchen, durch Vergrößerung des Geschossumfanges beim Eintritt in den menschlichen Körper die Wirkung zu steigern, ohne aber durch Zerreißen des Mantels die Schwere der Verwendung unnützlich zu erhöhen. Modelle solcher „Kappengeschosse“ liegen schon vor.

Die Abrüstungsfrage in Frankreich.

Aus Paris schreibt uns unser #-Korrespondent vom 30. v. M.: Im Weltchor der Presse zum Abrüstungsvorschlag des Zaren kommt der Stimme der französischen Presse eine besondere Bedeutung zu. Einmal ist das mit Russland „verbündete“ Frankreich mehr als die anderen Länder an der überraschenden Rundgebung der russischen Diplomatie interessiert, und dann berührt der Abrüstungsvorschlag sozusagen den nationalen Lebenspunkt Frankreichs seit 1871.

Je mehr sich die französischen Zeitungen von der ersten Ueberraschung erholen, desto pessimistischer klingen ihre Aeußerungen. Dem obligaten Schwingen mit der Wehrmachtspanne zu Ehren des mit allen denkbaren Lobesworten bedachten Zaren folgen immer schärfere Klagen über die unerträglich Situation,

die durch den zarischen Vorschlag für Frankreich geschaffen werden könnte. Der Matin, ein sonst sehr bedächtiges Bourgeoisblatt, bezeichnet heute den Vorschlag als den „Wolfschick eines Freundes!“

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der Mittelpunkt der Besorgnisse der bürgerlichen Presse die Elfaß-Lothringer Frage ist. Mit Ausnahme der sozialistischen Presse, die den Abrüstungsvorschlag, was auch aus ihm praktisch werden mag, als einen moralischen Sieg der gleichen Forderung des internationalen Proletariats betrachtet, machen sämtliche französische Zeitungen die Revision des Frankfurter Vertrages zur unumgänglichen Vorbedingung der Abrüstung.

Am bedenklichsten sind in dieser Beziehung die Ausführungen des Temps. Noch nie hat dieses diplomatische Musterblatt so deutlich den französisch-nationalen Standpunkt herausgeholt. Es heißt dort: „... das Recht und die Gerechtigkeit, das Recht der Völker und dasjenige der Menschewesen, die nicht wie Hindvögel den Besitz wechseln und versteigert werden dürfen, die ewige Gerechtigkeit haben 1871 eine noch nicht wieder auf gemachte Verletzung erfahren. So lange der Stempel dieser Rechtsverletzung nicht ausgekratzt worden ist, dürfen die Nachfahren der Männer von 1789“ u. s. f. „nicht den vom Grafen Murawjow angerufenen Grundstößen zustimmen. . . .“

Zugleich geht aus dem Artikel des Temps, wie aus den Aeußerungen der anderen mit dem Auswärtigen Amte verkehrenden Blätter, hervor, daß die französische Diplomatie schwerlich von der russischen mit der einem „Verbündeten“ geziemenden Rücksicht behandelt worden ist. Es sieht ganz danach aus, als ob die Rundgebung des Zaren für die französische Diplomatie eine vollständige Ueberraschung wäre. Insbesondere läßt darauf schließen das befürzte Hin- und Herreisen des Ministers des Auswärtigen zwischen Paris und Havre (dem derzeitigen Aufenthaltsort Felix Faures) und die vorzeitige Rückkehr des Ministerpräsidenten Brisson nach Paris. Bestätigt sich diese Vermutung, dann hat die franko-russische Allianz den denkbar schwersten Schlag erhalten.

Was die gewerbsmäßig-hanvinskische Presse betrifft, so beginnt sie bereits ihre tollsten Burzelbäume zu schlagen. Drumont schreibt in seiner Libre Parole mit der ihm eigenen Sicherheit eines von einer fixen Idee besessenen Menschen, hinter dem russischen Abrüstungsvorschlag stehe — Deutschland: „Russland ist nur dazu da, um einen gangbaren Grabstempel einem Erzeugnis aufzudrücken, das Mißtrauen hätte erwecken können, wenn dessen Ursprungsort bekannt wäre. . . .“

Aus alledem folgt, daß der Abrüstungsvorschlag schon an dem Widerstand Frankreichs scheitern mußte, selbst wenn er so ausrichtig wäre, wie er ohne Zweifel ein pyffiger Schachzug der russischen Diplomatie ist. In letzterer Hinsicht ist es noch erwähnenswert, daß neben der sozialistischen Presse auch der Temps ohne lärmende Parthei die Vorteile der Abrüstung für Russland in der gegenwärtigen Weltlage hervorhebt.

Die russische Presse.

Die Auslassungen der russischen Blätter über den Abrüstungsvorschlag des Zaren haben wohl deswegen weniger Bedeutung, als die Bemerkungen der Blätter anderer Länder, weil sie eben nicht wagen dürfen, von der amtlichen Mitteilung abweichende Ansichten laut werden zu lassen. Die Bemerkungen der russischen Presse sind daher mehr allgemeiner Natur. Die Petersburgerstika Wedomosti, deren Herausgeber Fürst Lichomski noch immer für einen journalistischen Vertrauensmann des Zaren gilt, bezeichnet die Regierungsmitteilung als einen Versuch, „das Element des Vertrauens“ in die internationalen Beziehungen einzuführen. Der größte Wert der Note, sagt das Blatt, beruhe darin, daß sie sich nicht auf allgemeine Bemerkungen beschränke, sondern ein bestimmtes Mittel zur Erreichung des Zweckes vorschläge: eine Konferenz, die kaum eine Macht ablehnen könne. Dann heißt es zum Schluß:

Wer an die schaffende Kraft der Ideen, die deutlich und mit Ueberzeugung vertreten werden, glaubt, muß sich darüber freuen, daß die Note vom 12. (24.) August eine wohlthätige Kraft in das Leben der Welt bringt, indem sie zugleich die Teilnehmer des internationalen Lebens neu gruppiert unter Abschaffung der alten Maxime: homo homini lupus (der Mensch ist dem Menschen ein Wolf). Selbst wenn der Vorschlag der russischen Regierung nicht sofort praktische Ergebnisse hat, erscheint die Lage doch dank dem Schritte Russlands sehr klar und schmeichelhaft für die russische Eigenliebe. Die Note vom 12. August zeigt sich als eine der schönsten Helden der gegenwärtigen Regierung.

Kleine Chronik.

Leipzig, 1. September.

Neues Theater. (Mignon von Ambroise Thomas.) Es ist eigentlich schade, daß sich kein deutscher Opernkompontist des Mignonstoffes bemächtigt hat, und daß wir deshalb die Gestalten des Goethe'schen Wilhelm Meister-Romans in französischer Umkleidung auf der Bühne genossen müssen. Weder Text noch Musik werden dem ursprünglichen Dichterwerk gerecht, und so muß die Oper trotz ihrer vielen hübschen Stellen und ihrer reizenden Melodie auf den deutschen Hörer immer einen eigentümlichen Eindruck machen. Man kann sich nicht so recht freuen darüber. Am besten gelungen ist die Gestalt der Philippine, da paßt alles zusammen, Text und Musik; und wenn diese Rolle von einer Künstlerin wie Frau Baumann gegeben wird, die das leichtlebige Kokette Theaterbändchen prächtig darstellt und dabei ihre Koloraturen virtuos herunter trällert, so haben wir eine Leistung aus einem Guß, die in der bekannten Titania-Ärte gipfelt und ihres Beifalls unter allen Umständen sicher ist. Auch der Valet ist noch ziemlich einseitlich durchgeführt. Herr Creder gab sich diesmal Mühe, seine Mädchen und Drücker möglichst beiseite zu lassen und den Charakter des gutmütigen, leichtlebigen und etwas fahigen Komödianten der Rolle gemäß herauszuarbeiten, was ihm gar nicht übel gelang. Der Baron Friedrich ist in der Oper verzeichnet. Aus einem fröhlichen, noch etwas fröhlichen, aber im Grunde doch recht gesunden jugendlichen Thunichtgut ist ein alberner Gest geworden, der komisch wirken soll. Herr Marion kann daran gar nicht viel ändern; er könnte die Rolle höchstens dadurch, daß er die komisch sein sollenden albernern Züge mehr fallen läßt und dafür das flotte, ritterliche Wesen des jungen Heißsporns etwas stärker betont, die Rolle für die deutsche Bühne etwas natürlicher gestalten. Vom eigentlichen Charakter des Wilhelm Meister — der sich in seiner langsamen innerlichen Entwicklung zur Darstellung auf der Opernbühne auch ganz und gar nicht eignet — ist nichts geblieben. Der Wilhelm Meister ist eine Tenorpartie, wie so viele andere. Der Sänger hat vor allen Dingen darauf zu sehen, daß er seiner Aufgabe musikalisch gerecht wird und im übrigen einen annehmbaren Kavalier auf die Bühne stellt. Die Besetzung der Rolle durch Herrn Moers ist entschieden glücklich. Herr Moers macht denn doch eine bessere Figur als Herr Kraemer und vor allem, er singt viel besser. Besonders im Vortrag der lyrischen Stellen leistet er vorzügliches, er ist

eigentlich mehr Spiel- als Heldentenor. Gestern schien er anfänglich mit einer leichten Indisposition zu kämpfen zu haben, die sich aber im Laufe des Abends völlig hob. — Der Sänger Lofario ist in der Oper absolut zur Bilderbogenfigur ohne innere Wahrheit und Möglichkeit geworden. Der Sänger kann hier nicht viel gestalten. Herr Groß ließ der Gestalt sein schönes sympathisch klingendes Organ und suchte in Vortrag und Haltung eine gewisse Würde zu legen. Doch glaube ich nicht, daß diese passive Nährrolle dem Naturell des Herrn Groß besonders gut liegt. Auf die Mignongestalt haben Uebertreibungen und Kompositionen entschieden die größte Sorgfalt verwendet. Was ist aber aus dem Naturkind geworden? Eine Opernfigur, die überall, wo bei der wirklichen Mignon die tiefe, träumerische Natur zum Durchbruch kommt, sentimental wird, die sich ihrer Liebe zu Wilhelm Meister voll bewußt ist, und der sogar ein Fünftel französischer Koketterie und Leichtfertigkeit nicht fehlt. Die Darstellerin der Mignon hat es deshalb sehr schwer, diese Gestalt nach Möglichkeit wieder „ins Deutsche zurück zu übersehen“, d. h. die Opern-Mignon der wirklichen Mignon so nahe wie möglich zu bringen. In dieser Beziehung leistet Fr. Osborne vorzügliches. Zwar kann sie die schreiend unnatürliche musikalische Deklamation des Liebes „Kenntst du das Land“ nicht ändern und auch die unnatürliche Schminke und Tanzscene im 2. Akte nicht befechtigen; aber überall, wo sie an die Goethe'sche Mignongestalt erinnern kann, wie im ersten Auftritte, bei der Verweigerung des Gartenzuges, in der Scene im Park und zum Teil auch in der Schlüsselszene verdient sie hohes Lob. Sie erntete auch gestern wieder reichen Beifall in der Rolle. — Wie man die Häßlichkeit des blauen Rokokozimmers (2. Akt) noch durch einen grünen Fenstervorhang erhöhen kann, begreife ich nicht. Auch das blaue Kostüm der Frau Baumann nahm sich in dem blauen Zimmer nicht gerade gut aus. Das hell erleuchtete Theater wurde merkwürdigerweise stockfinster, als es — zu breunen anfing. Wieder eines der Leipziger Bühnenwunder!

— Ludwig Richter, dem Maler und Zeichner, dessen vollständige Kunst der großen und kleinen Welt Freude gemacht hat und fernerhin macht, wird auf der Brühlischen Terrasse in Dresden ein einfaches Denkmal errichtet werden. Gegenüber der Akademie der bildenden Künste, an der er 1841—1878 als Professor der Landschaftsmalerei wirkte, wird das Denkmal den Künstler in Bronze auf stehender Stellung zeigen auf einem Sockel aus rothbraunem schwedischen Granit. Auf dem Sockel steht in goldenen Buchstaben der Name Ludwig Richter. Das Denkmal ist von dem Bildhauer

Eugen Kirckhoffen entworfen und wird am 28. September, dem Geburtsstage Richters (geb. 28. September 1803, gest. 10. Juni 1884) enthüllt werden.

— Stuttgarter Abrennot. In Stuttgart hat man den ganzen Sommer hindurch nicht recht gewußt, was die Glocke geschlagen hat. Und das kam so: Bei der Reichstagswahl im Juni waren im Interesse des einheitlichen Schlußes sämtlicher Wahllokale die Schlagwerke der städtischen und Landmuhren auf dieselbe Zeit eingestellt worden. Das Zusammenklagen der Uhren, an dem unbegreiflicherweise seitdem festgehalten wurde, hat sich aber als sehr unweckmäßig erwiesen. Zumal in der Nähe mehrerer Kirchen oder bei starker Windrichtung war es nämlich gar nicht möglich, die Stundenschläge der einzelnen Uhren abzugeben. Schon vom ersten Tage an sind darüber Beschwerden laut geworden, und endlich hat denn der Gemeinderat beschlossen, die Schlagwerke wieder in die frühere Reihenfolge einzustellen zu lassen. Im Laufe der vorigen Woche ist dieser Beschluß zur Ausführung gekommen, und nun weiß man wieder in Stuttgart, was die Glocke geschlagen hat.

— Das europäische Militär nach der Elle gemessen. Ein englischer „Statistiker“ hat sich der Mühe unterzogen, die Gesamtanzahl in Europa stationierten Truppen in einer Weise rednerisch zusammenzufassen, daß man ein ziemlich klares Bild von der enormen Größe der Truppenzahl erhält. Wenn man sich nämlich alle Armeen des europäischen Festlandes Mann für Mann mit ihren Geschützen, Gepäc- und Munitionswagen und dergleichen hintereinander aufgestellt denkt, so würde eine stattliche Reihe vor nicht weniger als 24000 Meilen Länge entstehen. Denkt man sich fernerhin diese Reihe Tag und Nacht an einem bestimmten Punkte vorbeimarschieren, so würde nahezu ein Jahr vergehen, bis der letzte Mann den Punkt passiert hätte.

— Sammlung von Meteorsteinen. Alle Meteorsteine oder deren Bruchstücke, die auf russischen Boden fallen, sind nach einer neuerlichen Anordnung des russischen Ministeriums des Innern fortan Eigentum des Staates. Die Finder haben bei Androhung von Strafe sie sofort an die nächstgelegene behördliche Stelle abzuliefern, die sie nach Petersburg weiterbefördert. Dort soll in aller nächster Zeit als Centralstelle für das ganze russische Reich ein Museum für diese Funde errichtet werden. Auch für die bei Erdbarbeiten, Abtragungen sowie sonstigen öffentlichen oder privaten Arbeiten zum Vorschein kommenden Meteorsteine ist diese Anordnung maßgebend.

Vom Papste.

Der russische Ministerpräsident beim Päpstlichen Stuhl Scharlow hat am Dienstag dem Kardinal-Staatssekretär Rampolla den Text der Note des russischen Ministers des Aeußeren, Grafen Murawjew, betr. den Frieden überreicht. Der Kardinal-Staatssekretär wird die Note offiziell beantworten. Der Papst hat den Kaiser Nikolaus bereits am Montag telegraphisch zu der von ihm in hochherziger Weise ergriffenen Initiative beglückwünscht. Das Organ des Vatikan, der Osservatore Romano, veröffentlicht folgende Note: „Der hochherzige Schritt des Kaisers von Rußland verdient ohne Zweifel die ehrfurchtsvollste Hochachtung und aufrichtiges Lob. Wir haben diesen Gefühlen Ausdruck gegeben und wiederholen es auch deshalb nochmals, weil die friedlichen Bestrebungen des jungen Monarchen vollkommen mit den wiederholt in dieser Hinsicht ausgesprochenen Anschauungen des Papstes übereinstimmen, der lebhaft den Frieden der Völker und Nationen wünscht. Wir wollen deshalb aufs fehnlichste wünschen, daß der hochherzige Gedanke des mächtigen Herrschers, trotz der Schwierigkeiten, die man zweifellos wird überwinden müssen, um ihn in der Praxis umzusetzen, zur That werden möge zur Erhaltung des allgemeinen Friedens für Europa und die Welt.“

Ein ernstes Kapitel.

V.

Prof. Reut schließt seine instruktive Arbeit über die Prostitution im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (5. Bd., S. 305) mit wehmütiger Resignation: „Unter allen Umständen aber sollten die maßgebenden Faktoren sich dessen bewußt bleiben, daß die Gewerbezunahme eine äußerst stabile Erscheinung ist; daß allzu einschneidende Maßregeln ihre Beschaffenheit ändern, ihre Formen verschieben und sie dem Verbrechertume in die Arme treiben. Verbesserungen auf der einen Seite werden leicht kompensiert durch Verschlimmerung anderer Qualitäten. Auch bezüglich der Bekämpfung der Syphilis und der anderen venerischen Krankheiten darf man von der Beeinflussung der Prostitution nicht allzuviel erwarten; die Ueberzeugung dringt neuerdings immer mehr durch, daß der Kampf gegen diese viel erfolgreicher seitens der Seuchenpolizei als durch die Sittenpolizei geführt werden dürfte. Die Prostitution ist nicht die Ursache der Syphilis, sie bildet nur ein Mittelglied zur Weiterverbreitung der Krankheiten; die Prostituierte infiziert die sie aufsuchenden Männer, aber erst nachdem sie vorher von einem solchen infiziert worden ist. Es wird daher immer nur eine halbe Maßregel bleiben, wenn nur die kranke Dame ärztlicher Behandlung unterstellt wird, den kranken Männern aber überlassen bleibt, die Krankheit weiter zu verbreiten.“ Hören wir auch noch einmal Fleisch (a. a. O. S. 290, 291): „Jene die steigende Erschwerung der selbständigen, sicheren Erhaltung eines Hausstandes, die „bessere“ Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das Heiratalter in die Höhe treiben; jene so die Männerwelt dem Verkehr mit Prostituierten anheimfällt, desto mehr wird der Zug der gonorrhöischen Erkrankungen vordringen. Wie soll man dem Uebel entgegenzutreten? Im einzelnen die zu ergreifenden Maßregeln zu verfolgen, würde zu weit führen. Alle Maßregeln, die geeignet sind, den außerordentlichen geschlechtlichen Umgang zu beschränken, würden hier heranzuziehen sein: Belehrung der jungen Leute in der Heißezeit über die Gefahren, denen sie sich aussetzen, Abstützung eventl. Aufhebung der Periode des unbefriedigten Geschlechtslebens durch Erleichterung des Heiratens, Herabsetzung der sozialen Ansprüche der jungen Leute beim Eingehen der Ehe, Belehrung der Frauen, vor allem der Mütter, damit sie mehr als über die finanziellen Verhältnisse ihrer künftigen Schwiegerjöhne sich über deren sexuelle Gesundheit Auskunft erholen und vieles andere. Soweit aber der vorerwähnte sexuelle Verkehr nicht unterdrückt werden kann, müssen Schutzmaßregeln gegen dessen mögliche unheilvolle Konsequenzen aus volkswirtschaftlichen ebenso wie aus hygienischen Gründen erstrebt werden. Bei den Prostituierten muß die Heilung des Uebels ansetzen. Das in Deutschland geltende System reicht dazu nicht aus, es geht von der Annahme der Heilungsmöglichkeit, bezw. dem Verfahren der Zwangsheilung aus. Gerechterweise muß übrigens unter allen Umständen die Bekämpfung bei beiden Geschlechtern angestrebt werden. Einiges kann so erreicht werden, wie die Ueberwachung bei dem Militär zeigt. Vielleicht wäre denkbar, das Strafrecht zu Hilfe zu nehmen. Bestrafung wegen Körperverletzung könnte jeden Mann und jede Frau, die mit einer Geschlechtskrankheit befaßt, dies wissend, die Krankheit auf einen anderen übertragen. Die Schwierigkeit liegt hier in dem Nachweis des bewussten Krankheits. Ein solches bliebe jedenfalls als wichtigstes Mittel. Es steht fest, daß die Prostituierten in den Bordellen, die doch, wie ihre Sterilität beweist, fast alle krank sind, durch eine vorzügliche Keuschheit u. a. m. weit seltener die Ansteckung bewirken, als man nach der Häufigkeit des mit ihnen gepflogenen Verkehrs denken sollte. Dieser größten Minderung der Gefahr widersetzt sich die bisher maßgebende Anschauung sehr gegen den Wunsch und Willen der Aerzte. Bis es einmal gelingt, die Utopie des naturgemäßen Geschlechtslebens, entsprechend dem Eintreten des Heiratsalters und gleichzeitiger sozialer Selbständigkeit des Individuums, zu verwirklichen, muß die Prostitution als vorhandene Thatsache hingenommen und behandelt werden. Diese Auffassung, die Thatsache, nicht eine leider unerfüllbare Moralforderung, müßte unser Handeln bestimmen. Vergeblich waren die Bitten der Aerzte, so lange nur ihre therapeutisch-hygienischen Gesichtspunkte ihren Gesuchen um Einführung der tolerierten Häuser zu Grunde lagen. Heute zeigt sich ein immenser Verlust an Arbeitskraft und Kapital als Folge der venerischen Krankheiten, heute erkennt man, daß die Bevölkerungsziffer, mit ihr die Militärziffer, leiden kann. Werden vielleicht die Bedrohung des Geldrentens und der Armeestärke erreichen, was den hygienischen Begründungen nicht gelang?“

Von diesen Vorschlägen erscheint uns nur einer als unbedingt annehmbar: Die frühzeitige, allgemeine Belehrung. Aber auch diese auf den ersten Blick so einfach erscheinende Maßregel wird bei näherer Betrachtung in den Augen der sogenannten ordnungsliebenden Elemente eine wahrhaft umwälzende Form annehmen. In ihm liegt schon die Forderung auf völlige Umgestaltung der herkömmlichen „Moral“, der Umbildung des Schulwesens u. s. f. Und woher die Lehre nehmen? Wir sehen, wie die Verzeigung sich auf die Polizei hinausredet und umgekehrt. Wir wissen, daß an der mangelhaften Vorbildung der Verzeiger, der unzureichenden Verfassung der Krankenpflgeranstalten schon das Postulat einer genaueren Untersuchung, einer besseren Heilung der „eingeschriebenen“ Prostituierten scheidet. Wir sehen bei den in Betracht kommenden Verhandlungen des Reichstages die unerhörte Rücksichtslosigkeit der bürgerlichen

Mehrheit. Siehe nur die mehrfach berührte Bude im Krankenversicherungsgesetz!

Der lasterhafte Birtel unserer volkswirtschaftlichen und sozialen Zustände!

Doch geschehen muß etwas, und die vorbeugende Maßregel der möglichst allgemeinen Belehrung, dann die ausreichende Behandlung der Befallenen und — im Hinblick auf unser eigentümliches Thema — gründliche Ueberwachung des Gesundheitszustandes in der Armee („Vorgelege“ mit eingeschlossen), peinlichste Ausheilung der venerisch Erkrankten unter der Mannschaft und den Offizieren, das kann bei erstem Willen jetzt schon angestrebt werden. Jedenfalls aber hat die Öffentlichkeit das dringendste Interesse daran, die ganze Frage möglichst eingehend erörtert zu sehen, ohne Rücksicht auf unverständige Beirater und heuchlerisches Heilthum. Hierzu ein wenig beizutragen, war, wie gesagt, der Zweck auch unserer bescheidenen Erörterungen, mögen sie ihn nicht ganz verfehlt haben! xyz.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 30. August.

Fertigkeit im Stehlen. Ende vergangenen und Anfang dieses Jahres fand in Markranstädt und Umgegend eine große Anzahl Diebstähle statt, bis es Ende April d. J. gelang, die Diebe festzunehmen. Es kommen nicht weniger denn 21 Diebstähle in Frage, bei denen den Dieben Handwerkszeug, Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Fleisch, Schinken, Wurst, dann lebendes Vieh, Enten, Hühner, Gänse, Brantwein, Bier und Cigarren, sowie auch Kleidung und Betten in die Hände fielen. Die Diebstähle, meist zur Nachtzeit verübt, sind mittels Einbruchs, Einschleichen, Einsteigen u. ausgeführt worden, so daß sie sich alle als schwere Diebstähle qualifizieren. Die Anklage legte dem 26 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Nowak aus Mutschka bei Ostrowo, in Markranstädt wohnhaft, zur Last, in neun Fällen allein Diebstähle ausgeführt zu haben. Des weiteren soll er mit einer unbekannt gebliebenen dritten Person dem Fleischermeister K. in Markranstädt drei Schinken gestohlen haben. Nun verband sich Nowak mit dem 32 Jahre alten Arbeiter August Anton Oskar Stein aus Lauchstädt und staltete dem Gutsbesitzer K. in Queis einen erneuten Besuch ab. Sie heimstern aus dessen Garten drei Schaf Sellerie ein. Etwas bedeutender war der Diebstahl, den Nowak in Gemeinschaft mit dem 30 Jahre alten Arbeiter Michael Emil Kupfer aus Weissenborn bei dem Fleischermeister K. in Spergau ausführte. Sie verschafften sich Eingang in K.s Küchertammer und entführten K. ein 1/2 Centner schweres geschlachtetes Schwein im Werte von 80—90 Mark. Nach diesem für sie günstigen Resultat stahlen sie dem Gutsbesitzer L. in Altranstädt aus dessen Hühnerstalle neun Hühner im Werte von 27 Mark. In dem 24 Jahre alten Handarbeiter Albert Stabitzky aus Schönbrunn, seinem Landmann, fand Nowak noch einen Diebstahlsgefährten. Sie stahlen gemeinschaftlich dem Gutsbesitzer Ar. in Wöhrenz zwei Gänse und führten in Markranstädt vier Diebstähle aus, wobei ihnen außer Brantwein und Cigarren, Wäsche, Putzer, Eier, Schweinefleisch und Handwerkszeug in die Hände fielen. In der Nacht zum 3. April stiegen beide in den Garten des Oekonomierats B. in Kleinmiltitz ein. Nachdem sie mehrere Schüsseln abgeprengt hatten, ohne etwas Nennenswerthes zu finden, stieg einer an dem Weinpoller der Villa nach der ersten Etage in die Höhe, zerbrach hier die Jalousien und stieg ein. Seinen wartenden Bundegegenstand warf er ein Gebett Betten und Kleider im Werte von zusammen 140 M. herunter. Einen anderen Diebstahl führten sie zusammen in Queis aus, dessen Resultat die Erlangung von Fleisch, Brot und Kartoffeln war. Für ein sehr obulentes Mahl suchten Nowak, Kupfer und Stabitzky neue Quellen zu entdecken. Hierzu kam ihnen die Lokalkenntnis der 28 Jahre alten Frau Anna Helene Kupfer aus Kleinlehna sehr zu statten. Sie konnte das Grundstück des Gutsbesizers L. in Altranstädt sehr genau und diente dem Diebstahlsgeheimnis als Pfadfinder. Nach dem sie sich Eingang verschafft hatten, stahlen sie sechs Schinken im Werte von 70 M., Rindfleisch, Ferkelknochen, gefochtes Fleisch u. Um aber das fette Fleisch entsprechend gut verdauen zu können, hießen sie sechs Flaschen Wein mitgehen. Von den erlangten Sachen haben Stein, Stabitzky und Kupfer dem Abführer Nowak zu verhältnismäßig niedrigen Preisen einzelne Dinge abgetauft. Stein selbst hat bei den Abbruchsarbeiten auf dem Weissenburaeral einen Steinhammer und auf dem Abbruchsareal der Centralhalle ein Bund Schlüssel entwendet. Da die Angeklagten zum Teil das ihnen zur Last Gelegte bestritten, so waren zur Erledigung der Beweisaufnahme achtzehn Zeugen geladen.

Nach vier Uhr nachmittags wurde folgendes Urteil von der Ferienstrafkammer gesprochen. Es wurden Nowak zu acht und Stabitzky zu drei Jahren Zuchthaus, Kupfer zu einem Jahr zwei Monaten, Stein zu sechs und die K. zu zwei Wochen Gefängnis sowie zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Von der Untersuchungshaft wurden Kupfer drei, K. und Sta. je zwei Monate auf die Strafen angerechnet.

Die Lassallefeier

wurde gestern von der Leipziger Arbeiterschaft in würdiger Weise begangen. In der Flora hatten sich gegen 800 Personen eingefunden, vor denen Gen. Dr. Schoenlank über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung sprach. Wenn er die ganze Entwicklung der Arbeiterbewegung besprechen wollte, so führte der Redner aus, so müßte er acht Tage sprechen. Das erübrigte sich aber bei der historisch geschilderten Leipziger Arbeiterschaft, er könne sich darauf beschränken, die Zeit von der Bauernbefreiung in Preußen bis zum Tode Ferdinand Lassalle zu besprechen, des Mannes, dem zu Ehren die heutige Versammlung veranstaltet sei. Die feudale Landwirtschaft benötigte eine Aenderung und mußte sich zum kapitalistischen Betrieb bequemen. Hierzu war es notwendig, die Bauern zu befreien. Die „Befreiung“ machte 100000 kleine Bauern zu Arbeitern, die Minderheit der Bauern mußte die Befreiung mit schweren Opfern erkaufen. Sie küßten 1533050 Morgen Land ein, mußten 18544768 Thaler Ablösung zahlen und eine Jahresrente von 1599992 Thaler und 280069 Scheffel Getreide. Die französische Julirevolution brachte nach Deutschland einen freien Hauch, nach Deutschland, wo die Ausbeutung der Arbeiter groß und der Arbeitslohn niedrig, auf 20—30 Pfg. pro Tag herabgedrückt war. Die Gründung des preussisch-deutschen Zollvereins (1. Januar 1834), der 8000 Anarbeitern und 30 Millionen Einwohner umfaßte, brach die Zollschranken der kleinen Staaten und Städte. Es kam im Jahre 1834 das Zeitalter des Handwerksburschentums.

Der Referent berichtete über die Geschichte des Bundes der Geschickten, über die Entwicklung der Weilingischen Organisation, schilderte das Massenelend und die Verheerungen, die der aufsteigende Kapitalismus anrichtete und führte des näheren aus, wie der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeiterbewegung mit einander verknüpft sind.

Die agitatorische Wirksamkeit Lassalles, seine historische Stellung in der Geschichte der Sozialdemokratie wurden eingehend dargelegt.

Bei seinem Tode — „er starb jung — im Triumphe — ein Achillens“, schrieb Karl Marx damals — vor seine Anhänger eine kleine Schar, aber schon, als vor dem Sozialistengesetz in Berlin der Arbeiter Seim von 100000 Arbeitern zu Grabe geleitet wurde, schrieb der Korrespondent der Magdeburger Zeitung: das ist ein Arbeiterheer. Heute muß jede politische Partei mit der Sozialdemokratie rechnen, heute, wo wir bei den letzten Wahlen über 2 Millionen Stimmen errangen, ist aus der kleinen Schar eine Macht geworden. Zwar noch in der Minderheit, die noch große und schwere Aufklärungsarbeit zu verrichten hat, aber ein geschultes, kampfbereites Proletariat, in dem Lassalle lebt und weiter leben wird.

In der Grünen Schenke zu Rügen hatte der Sozialdemokratische Verein Leipzig-Ost eine dem Andenken Lassalles gewidmete Feier veranstaltet, zu der sich die Arbeiterschaft des Ostens zahlreich eingefunden hatte. Die Feier wurde durch einige Vorträge des Sülzteriger Wandbonkonkubs und des Ostvorstädtischen Männerchors eingeleitet, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Der Vorsitzende des Vereins begrüßte dann die erschienenen Vereinsgenossen und Gäste, worauf der Genosse Rosenow-Chemnitz das Wort zur Festrede ergriff, in der er eingangs darauf hinwies, wie unergänzlich der Name Ferd. Lassalles mit dem allgemeinen Wahlrecht verknüpft ist, daß die deutsche Arbeiterschaft als Waffe gegen die besitzenden Klassen benützt. Redner schildert eingehend das Leben und die Thätigkeit Lassalles, mit welchem Feuererifer er den Kampf für das Proletariat führte und dieses zu organisieren versuchte, wie er in den großen Prozessen der Gräfin Hapsfeld und Ferdinand Freiligraths dem Rechte den Sieg sicherte. Lassalle selbst, des Auftrugs angeklagt und von den Geschworenen freigesprochen, wurde von dem preussischen Korrektribunal zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nicht lange litt es ihn in der dann folgenden Zuchthausgefangenheit, in der er eine Reihe seiner Schriften verfaßte. Einem nach Leipzig gerichteten offenen Antwortschreiben folgte die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der die Grundlage einer eigenen politischen Arbeiterpartei wurde und nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht verlangte. Bismarck, der die Lassalle'sche Agitation für das Wahlrecht genau verfolgte, gab dem Volke bei den Wahlen zum norddeutschen und später zum deutschen Reichstag dieses wichtige Recht, nicht um der Arbeiter willen, sondern um die Arbeitermassen gegen die Fortschrittspartei, mit der er im Kampfe lag, auszuspielen. Und wenn auch die Hoffnung, die Lassalle an die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geknüpft, sich nicht so schnell erfüllen als er erwartet, daß für ihn damals mögliche hatte er erreicht, als das Duell mit dem Junker Radowitsch seiner Laufbahn ein Ende machte. Die Idee der Organisation hatte tiefe Wurzel bei den Arbeitern geschlagen, der deutschen Arbeiterbewegung war der Weg gebreitet, und das später gegebene Wahlrecht war mit ein Erfolg seiner Agitation. Seine Lebensaufgabe war erfüllt, ein längeres Leben würde ihm nur noch Enttäuschungen gebracht haben. Dem Zwist zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterpartei freilich die endliche Einigung folgen, die der Sozialdemokratie den internationalen Charakter gab. Von Sieg zu Sieg ist die deutsche Sozialdemokratie seitdem geschritten, während das Bürgerthum politisch und sozial zurückging. Und wenn wir heute auf eine glänzende Parteigeschichte zurückblicken, so haben wir dessen zu gedenken, der, ausgerüstet mit hoher Bildung und stärkster Energie, für uns getritten hat, als der Weg noch dornenvoll und feinig war.

Nach dem zum Herzen gehenden und mit rauschendem Beifall aufgenommenen Vortrage chrien die Versammelten den großen Vorkämpfer des deutschen Proletariats durch Erheben von den Sitzen. Damit war der politische Teil der Feier beendet und der Kommerz nahm seinen Fortgang.

Zum Klassenkampf in Magdeburg.

Die von uns gestern bereits erwähnte Magdeburger Maurerverbammung, die sich mit der durch die Aussperrung der Arbeiter des Baugewerbes geschaffenen Lage beschäftigte, nahm die nachstehende Resolution an, die wir wegen ihres informativen Wertes im Wortlaut abdrucken:

Resolution:

Die heute tagende Versammlung der Maurerorganisation in Magdeburg und Umgegend nimmt Kenntnis von der Aussperrung eines großen Teils ihrer bei Arbeitgeber des Arbeitgeber-Verbandes beschäftigt gewesenen Mitglieder, und stellt zunächst, um irrtümliche Auffassungen zu vermeiden, fest:

- 1. Daß Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen der Organisation der Arbeitgeber und der Organisation der Maurer nicht bestehen und auch nach der erst seit einigen Wochen beendeten Aussperrung nicht bestanden haben. In dem Falle Denke, durch welchen die erneute Aussperrung herbeigeführt ist, handelt es sich nur um rein private Abmachungen zwischen Dencke und seinen Arbeitern.
- 2. Daß sich der Beschluß des Arbeitgeber-Verbandes: Den ausländigen Mauern und Bauarbeitern mitzuteilen, daß sie für die Zeit, in der sie kontraktbrüchig geworden, also bis zum 31. März 1900, bei keinem Geschäfte des Verbandes wieder Arbeit erhalten, falls sie bis Sonnabend den 27. August früh 6 Uhr die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Des weiteren ist den sämtlichen Arbeitnehmern öffentlich bekannt zu geben, daß Dienstag den 30. August abends 6 Uhr sämtliche Bauarbeiten im Stadtkreise Magdeburg eingestellt werden, falls bis dahin die Geschäfte, die unter Sperre liegen, nicht mit einer entsprechenden Anzahl von Arbeitskräften besetzt sind.

Die Arbeitswilligen, welche während des letzten Streiks gearbeitet, und auch die, welche von Eröffnung der Arbeitsstätten am 4. Juli an bis zur Beendigung des Streiks gearbeitet haben, sind von dieser Maßnahme ausgeschlossen in seinem ersten Absatz nur an die bei Dencke beschäftigt gewesenen, jetzt streikenden Arbeiter, und in seinem zweiten Absatz an die Bauarbeiter (Maurer, Hilfsarbeiter, Zimmerer) im allgemeinen, nicht aber an die Organisationen der genannten drei Berufe richtet. Die Organisationen konnten sich auch deshalb mit der Aufforderung nicht beschäftigen, sondern mußten abwarten, ob die Aussperrung erfolgte und bis dahin eine passioe Haltung einnehmen. Letzteres ist geschehen.

Nach Feststellung des vorstehenden spricht die Versammlung für lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die seiner Zeit geführten Unterhandlungen nicht zu einem Abkommen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen der Organisation der Arbeitgeber und den Organisationen der Maurer, Hilfsarbeiter und Zimmerer geführt haben.

Der Ursprung der augenblicklichen Differenzen liegt außer Zweifel in dem Nichtvorhandensein eines solchen Abkommens.

Wiederholt haben wir Gelegenheit genommen, den Arbeitgeberverband darauf hinzuweisen, daß unserer Auffassung nach nur dann ein dauernder Frieden möglich ist, wenn zwischen den beiderseitigen Organisationen Vereinbarungen getroffen sind und beide Organisationen sich verpflichten, wie auch bemerken, die Abmachungen zu halten. Derselben Ansicht sind wir auch heute noch. Streiks und Aussperrungen haben schwere wirtschaftliche Verluste für Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer zur Folge und sollen deshalb thunlichst vermieden und, wenn einmal vorhanden, im beiderseitigen Interesse baldmöglichst beigelegt werden.

Von dieser gewiß richtigen Erkenntnis ausgehend, beschließt die Versammlung, sofort die Hand zum Frieden zu bieten und an den Arbeitgeber-Verband zu appellieren, sich auf denselben Standpunkt zu stellen.

Zur Einleitung der weiteren Schritte wird eine fünfgleiderige Kommission eingesetzt mit dem Auftrage, mit dem Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes in Verbindung zu treten. Sollte der Arbeitgeber-Verband es ablehnen, mit der Kommission zu unterhandeln, dann wird es derselben freigestellt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzusuchen.

Von irgend welchen weiteren Beschlüssen, dazu angethan, die Differenzen zu verschärfen, als da sind: Aufstellung weiterer Forderungen, Arbeitsniederlegung seitens derjenigen, die nicht ausgesperrt sind, wird vorläufig Abstand genommen.

Falls der Unternehmerverband die von Arbeitern dargebotene Hand ausschlägt, falls das Einigungsamt keinen Frieden anbietet, die Arbeiter also ausgesperrt bleiben, tagt in den nächsten Tagen eine Volksversammlung, die sich mit den Ursachen der Aussperrung und dem Bahnhofs des Unternehmers beschaffen wird. Das Referat ist dem Genossen Albert Schmidt übertragen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. September.

Achtung, Buchbinder! Die Preßer und Arbeiterinnen der Firma F. A. Barthel haben gestern morgen wegen Nichteinhaltung des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen werden ersucht, das zu beachten und Zuzug zu vermeiden. Der Vertrauensmann.

Die Leipziger Eisenbahner sollen gelübert werden. Im Bedruf der Eisenbahner lesen wir:

Zur Zeit circuliert hier in unserer Seestadt ein vom Minister selbst angeregtes Schreiben unter den preussischen Eisenbahnern, wonach die Vorgesetzten im Verein mit den Untergebenen und deren Familien gesellige Veranstaltungen, Unterhaltungen, womöglich auch Ausflüge machen sollen. Was man damit bezweckt, dürfte jeder helle Kollege begreifen. Wohl können wir hier in Leipzig nicht begreifen, wie man diese kindlichen, die schon gar nicht mehr in Bromberg oder Breslau ziehen, höchstens wohl noch in der Stadt der reinen Vernunft! oder Dautzig, wieder aufstehen mag. Ist das die ultima ratio sozialpolitischer Weisheit der Herren Eisenbahn-bureauführer? Glaubst man denn wirklich, daß denkende Arbeiter und Unterbeamte selbst auf die Dauer der sehr ledernen und auf Kommando von Oben arrangierten „Feste“ vergessen können, daß die Herren, die sich da bei solchen Gelegenheiten auch „kollegiale Eisenbahner“ und „Mitarbeiter“ nennen, mehr oder minder bewußt und auch sehr willige Werkzeuge der ausbeuterischen, wirts- und freizeitschädlichen Eisenbahnbureauführung sind? ... Ihr Herren Verwaltungs-, Geheim-, Regierungs- und Beschwichtigungsräte, kommt mit anderen und besseren Mitteln. Und falls es Euch schwer fällt, sie herauszufinden aus Eurer Rezeptsammlung, so wollen wir sie Euch nennen: Koalitionsfreiheit, Neben- und Gesinnungsfreiheit, hohe Löhne und Besoldungen, kurze, höchstens achtstündige Dienstreise täglich, menschenwürdige Behandlung und ferner Beseitigung des Kostenwessens im Eisenbahnkörper, so daß auch der niedere bescheidige Eisenbahner zu den höchsten Stellen emporzukommen kann. Erst das und dann findet sich sinnige Freude und fröhliche Geselligkeit von selbst ein!

Ein lieblicher Streit. Das Berliner Tageblatt raut zur Zeit mit dem Leipziger Tageblatt. Es geht dabei nicht immer manierlich zu. Im Briefkasten der letzten Nummer des Berliner Woffe-Organs ist zu lesen:

K. N., Leipzig. Besten Dank für Ihre freundliche Zuschrift! Sie überschätzen indes die Bedeutung der Angriffe im Leipziger Tageblatt ebenso sehr wie die Verbreitung dieser Zeitung, die unter den Leipziger Blättern erst die vierte Stelle einnimmt. Das ist auch der Grund, weshalb der Verlag gestilltlich die Höhe der Auflage vermindert. Daß wir von den Blättern, die unsere Nachrichten mit Vorliebe und gewöhnlich ohne deutliche Angabe der Quelle sich aneignen, dafür in der pöbelhaftesten Weise angegriffen werden, sind wir zu sehr gewöhnt, als daß es uns noch weiter aufregen könnte.

Nun hat das Leipziger Tageblatt das Wort. Wenn auch nicht manierlicher, so antwortet es doch hoffentlich possierlicher.

Die Leipziger Bäcker als Brotverkürzer abgeklit. Der zollfreie Grenzverkehr mit Mehl, Brot und Fleisch ist neuerdings wieder mehrfach von Interessentenvereinigungen angefochten worden. Wegen den Verkehr mit Mehl und Brot wird hauptsächlich die Schädigung geltend gemacht, die den Bäckern und Mehlhändlern im Grenzgebiete und in dessen Nachbarschaft erwachse. Damit hat auch der Bäckerverband Sachsen in Leipzig in einer Eingabe an das sächsische Ministerium des Innern Vorschläge begründet, die eine Verschärfung der geltenden Bestimmungen verlangen. Wie aus der Antwort hervorgeht, hat das Ministerium nach erneuter Prüfung abgelehnt, auf die Vorschläge einzugehen. Es erklärt, daß in den letzten sechs Jahren weder ein Rückgang in der Zahl der selbständigen Bäckereibetriebe in den sächsischen Grenzbezirken, noch eine Verschlechterung ihrer Erwerbs- und Einkommensverhältnisse sich habe feststellen lassen, und betont, daß das Interesse der ärmeren Grenzbevölkerung, ebensowenig außer Betracht bleiben könne wie die Besorgnis, daß die vertragsmäßige sechsmonatige Auslieferung dieses Verkehrs zu Gegenmaßnahmen führen würde. Die Behauptung eines Mißbrauchs entbehre jeder Begründung.

Für die Abänderung des sächsischen Baupolizeirechts haben die sächsischen Hausbesitzervereine, die nentlich in Bauten tagen, ihre Wünsche in Form von Thesen formuliert. Diese Thesen verlangen, daß die Bebauungsfähigkeit des einzelnen Grundstückes gesetzlich genau festgelegt wird; man will in dieser Hinsicht nicht mehr von dem Belieben eines einzelnen zuständigen Beamten, in manchen Städten (wie in Leipzig) des Bezirksarztes, abhängen. Es sollen Zonen der Bebauungsfähigkeit eingeführt werden. Die Größe der Höhe soll nach diesen Zonen verschieden sein, aber gleichfalls gesetzlich bestimmt werden. Die Bebauungs-

fähigkeit soll am größten sein im Innern der Städte und an den aus dem Stadtimern nach außen führenden Hauptverkehrsstraßen. Dort soll es gestattet sein, daß kleine Grundstücke von weniger als sieben Meter Tiefe voll bebaut werden. Bei anderen Grundstücken des Stadtimern und jener Straßen soll die Bebauungsfähigkeit sieben Zehntel der Grundfläche betragen; auch sollen fünf Stock und alle Neben- und Seitengebäude erlaubt sein. Ueber diese Bestimmungen hinaus sollen überall für die Anlage von Fabrikgebäuden Ausnahmen gestattet sein, da nach der aus der Versammlung nicht widersprochenen Anschauung des Referenten (Architekt Höhne-Leipzig) für Fabrikgebäude, in denen die Arbeiter ja nicht schlafen, derartige sanitäre Maßregeln, wie sie für zu Wohnzwecken dienende Gebäude zur Anwendung gelangen, nicht notwendig sind. Am eingeschränktesten soll die Bebauungsfähigkeit der Grundstücke in den Vororten und in den ländlichen Bezirken sein, weil der Kapitalwert der Grundstücke dort ein geringerer ist.

Diese Wünsche kollidieren vielfach mit der vor zwei Jahren erlassenen Ministerialverordnung über das Bauwesen und die Hausbesitzervereine dürften sich wohl mit etwas Wenigerem beschreiben müssen, wenn überhaupt davon etwas Gesetz werden soll.

Öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses am Mittwoch den 31. August. Genehmigt wurden die Uebnahme und Fortführung der von Dr. med. Dolega geführten orthopädischen Heilanstalt durch Herrn Dr. med. Goepel, und die Weiterführung der von Dr. Garten in Plagwitz geleiteten Privatheilanstalt durch die Ärzte Dr. Rosenhagel und Dr. Meyh. Dem Besuch des Dr. med. Bollert in Reustadt um Genehmigung zur Errichtung einer Augenheilanstalt wurde entsprochen, ebenso der Verlegung der Entbindungsanstalt der Frau Maria zugestimmt. Dagegen wurde das Gesuch der Hebamme Krauß in Lindenau zur Errichtung einer Privatentbindungsanstalt abschlägig beschieden. Der Hebamme Korman wurde die Verlegung ihrer Privatentbindungsanstalt genehmigt. — Die Städte Merzhan, Trebsen, sowie eine größere Anzahl Landgemeinden wollen aus ihrem bisherigen Kreisbezirk austreten und einen neuen selbstständigen Kreisbezirk errichten. Die hierzu erforderliche Genehmigung wurde erteilt. — Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde eine Reihe Verwaltungsfreigebheiten erledigt, bei denen es sich um die Rückstellung verlegter Armenunterstützungen handelte. — Abgelehnt wurden die Gesuche des Schänkwirts Kotte in Neuschönefeld um Abhaltung öffentlicher Tanzmusik an einem Wochentag und das Gesuch des Schänkwirts Starke, Kreuzstraße 14, um Abhaltung öffentlicher Tanzmusik an allen Sonntagen. — Die durch Einlegung des Wasserleitungsrohres der Stadt Colditz in die fiskalische StraÙe, und die durch Einlegung der Gasrohrleitung in das Areal des Bahnhofs in Grimma bedingte Uebnahme bleibender Verbindlichkeiten wurden genehmigt. — Das Einquartierungsregulativ für Penig und die Nachträge zu den Anlageregulativen von Burgstädt und Döbeln wurden gebilligt. — In Burzen ist der Stadtrat mit den Stadtvorordneten in Meinungsverschiedenheiten über die Gehaltsaufbesserung zweier städtischer Unterbeamten gekommen. Der Kreisaußschuß eignete sich den von den Stadtvorordneten ein- genommene Standpunkt an und entschied in deren Sinne. — In nichtöffentlicher Sitzung wurden Steuerrekluse verhandelt.

Meß-Sonderzüge. Anlässlich der Messe verkehrt am Sonntag den 4. September und am Sonntag den 11. September ein Sonderzug von Leipzig (Dresdener Bahnhof) nach Weithain über Lausitz. Abfahrt 11 Uhr 45 Min. nachmittags, Ankunft 1 Uhr 11 Min. vormittags. Außerdem wird an diesen Tagen der Zug Nr. 1533 Leipzig-Dresdener Bahnhof-Grimma ob. Bahnhofs (Abfahrt 10 Uhr 51 Min. nachmittags ab Leipzig) bis Döbeln, Bahnhof, durchgeführt. Ankunft 12 Uhr 34 Min. vormittags. Die Züge halten an allen Bahnhöfen, Haltestellen etc., Zug 1533 jedoch nicht in Paunsdorf und Sommerfeld, und können auf gewöhnliche Fahrarten (einschließlich Gesellschaftsfahrten) benutzt werden.

Das Leipziger Kinderkrankenhaus erfährt gegenwärtig durch einen Anbau eine Erweiterung. Es soll dadurch noch für weitere 120 Betten Raum geschaffen werden.

Eine Leipziger Hochstaplerin verhaftet. Wegen Diebstahls und zahlreicher Schwindeleien wurden in Bad Müssingen zwei verheiratete Schwestern verhaftet, die sich dort als Kurgäste einlogiert hatten. Die eine derselben, Marie Hübel mit Namen, ist die Frau eines Berliner Kaufmanns, die andere dagegen die verheiratete Goldarbeiterin Wieger aus Leipzig. Die Hochstaplerinnen stahlen in einem dortigen Uhrengeschäft mehrere wertvolle Broschen und verübten in einigen Restaurants und Konditoreien Zechprellerereien. Bei einer Durchsuchung ihrer Reisetaschen fand man eine größere Anzahl von Herren-, Damen- und Kinderhänden, seidene Schawls, Strümpfe etc., die vermutlich ebenfalls aus Diebstählen herrihren. Bei ihrer Vernehmung gaben die Frauen den Broschendiebstahl zu.

Vermisst wird seit dem 20. August der in Kleinzschocher, Schlenziger Weg 29, bei seinen Eltern wohnhafte Sanktknabe Otto Mund, geboren am 20. August 1884 zu Kleinzschocher. Die besorgten Eltern vermuten, daß dem Knaben ein Unglück zugestoßen ist. Bekleidet ist er mit moosgrünem Jacketanzuge, Knopfstiefeln und weißem Strohhut mit breitem weißen Band.

Alte Lebensüberdruß war am Dienstag vormittag ein in der Waldstraße wohnhafter 78 Jahre alter Schneider in die alte Elster gegangen, durch einige hinzugekommene Männer wurde er wieder herausgeholt und dann nach seiner Wohnung gebracht.

Eine Blutvergiftung zog sich bei der Arbeit der Schlossergeselle K. zu. Er stach sich mit einer spitzen Feile in die Hand, schenkte aber der Wunde keine Beachtung. Erst nach allgemeiner Anschwellung und Siebererscheinungen suchte er das Krankenhaus auf.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn ereignete sich gestern vormittag am Täubchenwege dadurch, daß ein nach Stötteritz fahrender Motorwagen entgleiste und in einen ihm entgegenkommenden Wagen hineinfuhr. Hierbei wurden durch eine zerbrochene Fensterscheibe ein Kaufmann aus Magdeburg und eine junge Dame von hier im Gesicht und an den Händen leicht und einer der Wagenführer am Knie nicht unbedeutend verletzt, während beide Wagen stark beschädigt wurden.

Liebertwolkwitz. In der am Montag stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde der Bürgermeister Becker in Böblitz als Gemeindevorstand einstimmig gewählt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Handhabung des neuen Vereinsgesetzes. In Grimmitzschau hat ein Minderjähriger, der erst nach der vor-

geschriebenen Aufforderung an die Minderjährigen, das Lokal zu verlassen, die Versammlung betrat, ein Strafmandat in Höhe von 10 Mark erhalten. Unser Zwickauer Parteiorgan rät dem Verfassten, es auf einen gerichtlichen Entscheid ankommen zu lassen, da es glaubt, daß ihm die Pflicht, die den Gesetzgeber bei Abfassung des Verbotsparagrafen geleitet hat, zur Seite steht. Es ist, nämlich auch um den Fall mit zu treffen, wo Minderjährige nicht schon vor Beginn der Versammlung, sondern erst während derselben sich einstellen, folgende Fassung als Absatz 2 von § 1a gewählt worden: „Die Veranstalter oder Leiter einer solchen Versammlung sind gehalten, die Aufforderung, sich zu entfernen, an die etwa anwesenden Minderjährigen zu richten und nach Befinden auf Verlangen der Abgeordneten der Polizeibehörde diese Aufforderung zu wiederholen.“ Dieser Zusammenhang ergibt, daß man bei später Kommenden bis zum Beweis des Gegenteils guten Glauben annehmen und sie nicht schon bestraft wissen wollte, wenn ihnen das Verbot nicht bekannt war. Nicht auf die Bestrafung ist es dem Gesetzgeber in erster Linie angekommen, sondern auf die Entfernung der Minderjährigen aus politischen Versammlungen, das ergeben die gesamten Verhandlungen und die Druckfachen beider Kammern.

Dresden, 31. August. Wie die Sächsische Arbeiterzeitung berichtet, ist jetzt ein Parteigenosse in Bauten unter Anklage gestellt worden wegen „Aussiftung zum groben Unfug“. Das wird darin gefunden, daß der betreffende Genosse die Flugblätter, durch deren Verteilung der grobe Unfug verübt worden sein soll, an die Verteiler ausgegeben hat. Dabei haben die Flugblätter selbst keinerlei strafbaren Inhalt. Der Genosse, der die Blätter ausgegeben, hat sicher niemand „angestiftet“, die Blätter in „unfuglicher Weise“ zu verteilen. Oder will man vielleicht den vielseitigen dolus eventualis als Helfershelfer für die Konstruktion einer Aussiftung zum groben Unfug benutzen?

Auch Dresden hat seinen bestraften Minderjährigen, der gern in einer Versammlung lernen wollte, ohne das vorgeschriebene Schwabenalter zu haben, 20 Mark war die Strafe seines Wissensdranges.

oo. Treuen i. V., 30. August. Kürzlich ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß auch unsere Stadt ihr Bismarckdenkmal erhielt. Voraussetzlich wird aber nicht viel daraus werden, denn das freisinnige Stadtverordnetenkollegium hat mit 11 gegen 6 Stimmen abgelehnt, einen Zuschuß zu den Kosten des Denkmals zu geben. Das Denkmalkomitee ist daher lediglich auf freiwillige Gaben angewiesen, die indessen sehr spärlich fließen. Die Minderheit im Stadtverordnetenkollegium brachte einen Antrag ein, doch wenigstens eine „Bismarckstiftung“ zu bewilligen; der Antrag wurde zwar vertagt, doch ist auch seine Ablehnung sicher.

oo. Plauen i. V., 31. August. Kürzlich ist hier die Vergebung der Erdarbeiten zum Bau des neuen Schlachthofes ausgeschrieben worden. Die eingegangenen Angebote schwanken zwischen 43120 Mk. und 24460 Mk. Wie die Arbeitslöhne bei dem mit dem niedrigsten Angebot Aufgetretenen, der doch auch sein Geschäft machen will, aussehen werden, kann man sich denken.

Myran, 30. August. Eine am Montag von den streikenden Arbeitern der Firma Fr. Neubert vorgenommene Abstimmung ergab mit 51 gegen 1 Stimme, daß sie gewillt sind, den Streik fortzusetzen. Die Firma wollte befehllich gegen den Willen der Arbeiter eine Fabrikkrankenasse errichten, so daß die Arbeiter gezwungen werden sollten, aus der Ortskrankenasse auszutreten; Arbeitswillige haben sich bisher nur zirka 3 gefunden. Einige Arbeiter, die ihren rückständigen Lohn haben wollten, wurden einmal von Herrn Neubert wiederbestellt, mit der jedesmaligen Begründung, keine Zeit zu haben. Einem Arbeiter warf er die ganzen Diktationsbücher der übrigen Streikenden auf den Hof nach.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision, die der Schuldirektor Urban Dreßler in Saandau, der am 21. Juni wegen unsittlichen Handlungen an Schulmädchen zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, gegen das Urteil des Landgerichts Dresden eingelegt hatte. — In der Nacht zum Dienstag brach in Walba bei Großenhain ein mächtiges, ebenfalls von ruholser Hand angelegtes Schadenfeuer aus, welches 7 Grundstücke ergriff und zwar in der Weise, daß sechs Scheunen, drei Stallgebäude, zwei Wohnhäuser und zwei Seitengebäude eingestürzt worden sind. Der Verdacht der Brandstiftung fällt auf einen Handwerksburschen. — Der Betrieb auf der neuen 20 Kilometer langen Klängenberg-Frauensteiner Staats-eisenbahn wird voraussichtlich schon Mitte September eröffnet werden können. — Im Weinberggrundstück der Gehr. Bähnisch in Gossau b. a. ward neuerdings das Vorhandensein der Reblaus festgestellt. Es sind von der Amtshauptmannschaft Dresden-Aktstadt sofort die nötigen Maßnahmen angeordnet worden. — Die Stadt Jitau erhält demnächst eine elektrische Straßenbahn; die Stadtvorordneten stimmten am 20. August dem betreffenden Vertrag mit der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg (Schindler u. Co.) zu. Danach erhält die Gesellschaft die Genehmigung, eine elektrische Centrale zum Betriebe einer elektrischen Straßenbahn und zur Abgabe von elektrischem Strom an Private (zunächst aber nicht von elektrischem Licht) zu errichten.

Gera, 31. August. Die gewaltigen Minister des Fürstentums Meuß j. A. scheint der Ruhm des reaktionären Königreichs Sachsen nicht ruhen zu lassen. Sie wollen Sachsen übertrumpfen und haben eine Verfügung erlassen, daß in ihrem Machtbereich nur russische Staatsangehörige Mitglieder politischer Vereine sein dürfen. Daraus erhielt der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins für Gera, Genosse Leben, von dem Polizeinspektor der Stadt Gera die Aufforderung, die Staatsangehörigkeit sämtlicher Mitglieder nachzuweisen. Genosse Leben hat es abgelehnt, diesem Verlangen nachzukommen, da dasselbe im Widerspruch mit Artikel 2 der Reichsverfassung steht. In diesem Sinne hat auch bereits das Oberlandesgericht in Jena in einer Verhandlung am 16. September 1890 entschieden. Danach scheint die große Aktion nicht gerade viel Aussicht auf Erfolg zu haben.

Gisleben, 30. August. Ein Beamter der Mansfelder Gewerkschaft, der Vorsteher des Bahnhofs Ernstschacht bei Helbra, Namens Hayth, wurde vor zwei Wochen vom hiesigen Gericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er ein junges Mädchen in den unteren Raum einer Wärlerbude gegen ihren Willen eingeschperrt und sich somit einer Freiheitsberaubung schuldig gemacht hatte. Die That war am frühen Morgen geschehen, Welchen Zweck der tugendhafte Herr Hayth damit verbunden hat, ist nicht bekannt geworden, da die Verhandlung — unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Die bürgerlichen Wärlerbuden haben bis jetzt kein Wort von der Beurteilung gebracht.

Der zweite Zionisten-Kongress.

Der dritte Tag des Kongresses verlief ziemlich stürmisch. Beschlüsse wurden die Gründung einer jüdischen Kolonialbank...

Aus der Partei.

In den preussischen Landtagswahlen. Im Vorwärts tendiert sich Bebel gegen den Beschluss der Berliner Genossen...

Wie die Dinge gegenwärtig in Deutschland liegen, haben wir allen Grund, jedes Mittel, das einigen Erfolg verspricht...

Ich empfehle den Parteigenossen im übrigen Preußen, sich durch das Vorgehen der Berliner Genossen nicht beirren zu lassen...

Partei-Konferenzen für die Kreise Ober-Brandenburg und Potsdam...

Der Parteitag für das Herzogtum Sachsen-Altenburg beschloss in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 18 Stimmen...

Der Kassenbericht des Landes-Vertrauensmannes wies eine Jahreseinnahme von 7082,15 Mk. auf...

In Stelle unseres wackeren, erfahrenen, um die Altenburger Parteibewegung seit Jahren hochverdienten Genossen Bogentz...

Als Delegierter zum Stuttgarter Parteitage wurde Genosse Spengler gewählt.

Soziale Rundschau.

W. Deuthen, 30. August. Die Vereinigung der ober-schlesischen Holzwerke hat schon wieder ihre Preise erhöht...

Schlüsse für das erste Quartal 1899 zu den Preisen mit der jetzt geltenden Erhöhung ablehnte.

Die Flottenpolitik hat den Eisenwerken überaus glänzende Aussichten gebracht.

Nach Lübeck ist der Zuzug von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern zu vermeiden.

Die Steinfeger in Lehe, Westmünde und Bremerhaven verhandeln mit den Unternehmern über einen neuen Lohnsatz.

In Solingen streiken seit dem 8. August über 100 Messerschleifer bei der Firma Gottlieb Hammesfahr.

In Cassel sind zwischen den Metallarbeitern und der Firma Beck u. Hensel ernste Differenzen ausgebrochen.

Ein Brauereihundstich ist mit dem 1. September in Cassel ins Leben getreten.

Von Nah und Fern.

Karlsruhe, 30. August. Der Pfarrverweser Joseph Gür in Rheinsheim bei Philippsburg...

Prag, 31. August. Durch einen Gerüstesturz bei einem Neubau sind 4 Arbeiter getötet...

Bozen, 1. September. Bei Carlantino suchten 20 Bauern bei der Feldarbeit Schutz in einem Bauernhause...

Kom, 1. September. Infolge der bei Palermo andauernden Gewitter sind bisher 20 Menschen durch Blitzschlag getötet worden.

Gemeinde-Zeitung.

Der Bezirksverein Leipzig-Df hatte in einer an die städtischen Behörden gerichteten Eingabe...

Telegraphische Depeschen.

New York, 1. September. Wie dem Sun aus Manila gemeldet wird, soll Aguinaldo, der Führer der Aufständischen...

Konstantinopel, 1. September. Der Chef des Rechnungsdepartements im Finanzministerium, Reschidu-Bey...

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Arbeiter u. Arbeiter in Möbeltransportgesellschaften. Abends 9 Uhr.

Auskunft in Rechtsfragen.

H. A., Selterhäuser Straße. Melde Sie die Veränderung alsbald beim Steueramt an.

werden, auszugehen. 2. Ja, bedarf der Anmeldung. 3. Das hängt von der Genehmigung der Polizei ab...

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Donnerstag den 1. Sept. 206. Abends Vorstellung (4. Serie, Braun). Der fliegende Holländer.

Altes Theater.

Donnerstag den 1. Septbr.: Die Reise um die Erde in achtzig Tagen. Die Wette um eine Million.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Arbeiter u. Arbeiter in Möbeltransportgesellschaften. Abends 9 Uhr.

Auskunft in Rechtsfragen.

H. A., Selterhäuser Straße. Melde Sie die Veränderung alsbald beim Steueramt an.

Küchenzettel der städtischen Speisehallen.

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Kuebel mit Kalbsfleisch. Speiseanstalt II (Wolgenthalgasse): Kartoffeln u. Petersilie mit Schöpfenn.

Für den Inzeratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Schellfische Fischhalle 'Ostsee' 26 Neufelderstr., Burgener Straße 26. Billig! Billig! 25 Küchenschranke

Karl Voigt, Leipzig Seeburgstraße 8 empfiehlt alle Sorten Holzkoffer, sowie überzogene und Handkoffer.

Möbel-Ein- u. Verkauf Burgstr. 9, I. Ottomane sportivbillig zu verkaufen. Neustadt, Hauptstraße 10, III. r.

Ein 100töniges Bandoneon billig zu verkaufen. Leipzig, Schenkenbörsenstr. 31, IV. r. Pianarium, elektr. Lämpchen, 2 Elemente

Verstorbene. Dr. Schlaff. f. 1 Herrn billig zu verm. Lindenau, Partoutstr. im Besatz v. S. Nette.

Lüdtige Anlegerinnen auf Buchdruck für dauernde u. lohnende Beschäftigung sof. gesucht. Buchdruckerei von F. Stoll jr., Inselstraße 6, 2.